

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 264 · 23. JAHRGANG · AUSGABE 1/2017 VOM 5. JANUAR 2017 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **Frontalangriff  
auf die Transparenz**  
Zum Eberswalder »Maulkorberlaß«

8 | **Die Rechenkunststücke  
des Herrn Boginski**  
Finowkanal in kommunaler Hand?

14 | **Das ist an Weisheit  
schwer zu unterbieten**  
Fahrspurreduzierung in Westend



## Eberswalde – Billiglohnland?

**Leider haben sich die traurigen und frustigen Informationen zu den aktuellen Entwicklungen im Eberswalder Eisenbahnwerk bestätigt, die mir seit mehren Wochen aus den unterschiedlichsten Quellen innerhalb der bisher verbliebenen Beschäftigten vermittelt werden. Die Quantum Capital AG hatte Mitte 2016 angekündigt, das ehemalige Reichsbahnausbesserungswerk (RAW) »8. Mai« und spätere Fahrzeuginstandhaltungswerk der bundeseigenen Deutschen Bahn AG zum 1. Januar 2017 zu übernehmen und dadurch vor der bereits beschlossenen Schließung zu bewahren.**

Meine zahlreichen Anfragen als Stadtverordneter, ob im zuständigen Fachausschuß für Wirtschaft und Finanzen oder auch im Hauptausschuß, wurden vom Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski und seinem Amtsleiter für Wirtschaftsförderung und Tourismusentwicklung Dr. Jan König regelmäßig in den nichtöffentlichen Teil gedrückt und, wenn überhaupt, nur niederschwellig reflektiert. Öffentliche Informationen gab es meist nachträglich als Abklatsch von bereits in der Presse veröffentlichten Nachrichten. Noch in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15. Dezember vermittelte der Bürgermeister, daß alles seinen »kapitalistischen Gang« gehe und die Kuh spätestens zu der am 2. Januar 2017 einberufenen Betriebsversammlung vom Eis sei.

Mit der realen Entwicklung hatte das nichts zu tun. Leider müssen die Betroffenen erneut zur Kenntnis nehmen, wie knallhart das Finanzcapital reagiert, wenn die Profitmaximierung in Gefahr ist. Menschliche Schicksale werden dabei zur Nebensache.

Die EVG widerspricht den Behauptungen, in den Verhandlungen wirtschaftlich nicht tragbare Forderungen gestellt zu haben. Vielmehr fordert die Quantum Capital AG mit Sitz in München von den Beschäftigten, daß sie Einkommensverluste von bis zu 15 Prozent hinnehmen sollen. Das ist keine ernsthafte Basis für Verhandlungen. Da kann der EVG nur zugestimmt werden. Richtig ist auch, daß nicht die Beschäftigten die Zeche zahlen dürfen, wenn sich der Investor verspekuliert hat, was im übrigen schwer vorstellbar ist. Die Drohungen mit Kurzarbeit oder gar Insolvenz dürften eher Teil der Kalkulation sein. Vielleicht war der Finanzinvestor auch von vornherein nur an der attraktiven Immobilie in Bahnhofsnähe interessiert.

Inzwischen hat auch Bürgermeister Boginski Klartext geredet (MOZ, 31.12.2016). Er fordert: »Die EVG muß über ihren Schatten springen«. Das Unternehmen brauche eine reale Chance, sich am Markt zu be-

haupten, die nicht durch zu hohe Personalkosten geschmälert werden dürfe. Diese Wortmeldung ist sehr aufschlußreich.

Davon abgesehen, daß es dem Bürgermeister nicht zusteht, die vom Grundgesetz garantierte Tarifautonomie in Frage zu stellen, sei ihm gesagt, daß gute Tarifabschlüsse im Sinne der Beschäftigten sehr wohl auch Entscheidungen für eine gute Strukturpolitik in der Region bedeuten. Der Binnenkonsum wird angekurbelt und die Beschäftigten können sich mit ihren Familien auch mal außerhalb des in oftmals angespannten familiären Monatsbudgets etwas leisten. Mit den Gehaltsdimensionen des Bürgermeisters ist das gewiß nicht vergleichbar. Bei Tarifverhandlungen geht es auf alle Fälle demokratischer zu als bei Entscheidungen des Hauptverwaltungsbeamten im Eberswalder Rathaus.

Den Kolleginnen und Kollegen der Eisenbahnverkehrsgewerkschaft (EVG) gilt mein hoher Respekt und persönliche Wertschätzung für ihr Durchhaltevermögen in ihrem aktiven Ringen, den verbliebenen Kollegen im neuen Eberswalder Eisenbahnwerk einen Lohn- und Manteltarifvertrag zu verhandeln, der nicht die Türen und Tore für Niedriglöhne öffnet. Ich hoffe auch im Interesse der verbliebenen Beschäftigten und ihrer Familien, daß die neuen Eigentümer des künftig als Eberswalder Eisenbahnwerk firmierenden Betriebs nicht weiter versuchen, mit fadenscheinigen Gründen die Gewerkschaft und die Beschäftigten indirekt zu erpressen.

Eberswalde als vielgefeierte Fairtrade-Stadt sollte verstärkt die hier agierende Unternehmerschaft sensibilisieren, daß faire Arbeits- und Lebensbedingungen einschließlich fairer Entlohnungen ebenfalls zum Fairtrade gehören! Es kann und darf nicht sein, daß der aktuelle Tarifkonflikt voll zu Lasten der Beschäftigten ausgetragen wird und sie letztendlich zum wehrlosen Spielball von Kapitalinteressen degradiert werden.

CARSTEN ZINN

## Dem Terror Einhalt gebieten

Die terroristischen Anschläge in der Welt nehmen immer mehr zu. Etwas Furchtbarereres als diese blindwütigen Morde an unschuldigen Menschen ist kaum vorstellbar. Sie unterscheiden sich nur in ihrem Ausmaß, ihrem Zeitpunkt und dem Ort des Geschehens.

Nun auch ein solcher grausamer, terroristischer Anschlag in Berlin. Alle sind entsetzt. Laut schallt der Ruf nach Verhinderung des Terrors. Die Medien sind voll von Meldungen über notwendige Maßnahmen: die innere Sicherheit erhöhen, mehr Polizisten, bessere Bewaffnung, mehr Überwachung des öffentlichen Raumes, Geheimdienstarbeit verbessern, schnellere Abschiebungen, bessere Sicherung der Grenzen, Informationen verbessern, Gesetze verschärfen...

Wer jeweils die Verantwortung für einen Anschlag trägt, muß im Einzelfall herausgefunden werden, wenn es nicht ohnehin Bekennerschreiben gibt. Und in welchen Ländern die Verantwortlichen, Anstifter und Unterstützer zuhause sind, ist hinreichend bekannt.

Es sind im Besonderen die Länder, in denen Menschen unter lebensbedrohlichen Bedingungen leben müssen, auf der Flucht sind, unterdrückt und ausgebeutet werden sowie keine Lebensperspektiven sehen.

Aus Sicht der von Krieg, Not und Elend Betroffenen ist Deutschland Kriegspartei und mitverantwortlich für deren Leiden. Daß damit Deutschland auch ins Blickfeld derjenigen rückt, die die Schuldigen mit Terror bestrafen wollen, ist unschwer zu erahnen.

Wer ernsthaft den Terror bekämpfen will, muß eine Politik des Friedens und des sozialen Ausgleichs betreiben. Es wird ein langer Weg sein, die Welt gerechter und friedlicher zu machen. Aber es muß endlich damit begonnen werden. Nur wird diese Schlußfolgerung noch immer nicht gezogen und nur nach der Möglichkeit der Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse gesucht.

Notwendig ist zuallererst, alle Kriege zu beenden. Die Waffen nieder. Konflikte nur friedlich mit Verhandlungen lösen. Dem muß die Reduzierung der Rüstung bis zur vollständigen Abrüstung folgen. Auslandseinsätze der Bundeswehr sind sofort zu beenden!

Parallel dazu muß mit einer weltweiten Umverteilung zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit begonnen werden.

Wirtschaftliche Dominanz der Industriestaaten und Erpressung mit »Freihandel« dürfen keinen Platz mehr haben. Der reiche Norden muß sich bereit finden, dem armen Süden abzugeben sowie bei der eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung zu helfen.

Nur durch die friedliche und solidarische Zusammenarbeit der Völker wird der Terror überwunden. Das ist die Erkenntnis, die aus den Anschlägen erwachsen muß, und der sich die Politiker stellen müssen.

ALBRECHT TRILLER

## Nun sind es acht Fraktionen

**Eberswalde (bbp).** Mit Beginn des Jahres 2017 wächst die Zahl der Fraktionen in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung auf acht. Neu dazu kommt die Fraktion »Bündnis Eberswalde« mit VIKTOR JEDE, bis vor kurzem noch Mitglied der Fraktion DIE SPD, als Fraktionsvorsitzenden und Dr. ILONA PISCHEL, die bis März 2016 der Linksfraktion angehörte. Am 30. Dezember hat Viktor Jede die Fraktionsbildung dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung VOLKER PASSOKE (Die Linke) angezeigt. HANS PIEPER, der am 15. Dezember der Linksfraktion den Rücken gekehrt hatte, bleibt zumindest vorerst fraktionslos.

Bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung im Mai 2014 erhielten insgesamt 11 Parteien, Wählervereinigungen und -gruppen genug Stimmen für mindestens ein Mandat. Drei der vier Wählergruppen mit je einem Stadtverordneten bildeten fortan die Fraktion *Alternatives Wählerbündnis Eberswalde*. Das waren die *ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE* (CARSTEN ZINN), das *Bündnis für ein demokratisches Eberswalde* (OTTO BAAZ) und die *Allianz freier Wähler* (Dr. GÜNTHER SPANGENBERG). Der vierte Einzelstadtvordnete Dr. HANS MAI von der Wählergruppe *Die Unabhängigen* schloß sich der SPD-Fraktion an.

Die mit je zwei Stadtverordneten aus der Wahl hervorgegangenen »*Bürgerfraktion Barnim*« und der »*Bürger für Eberswalde*« schlossen sich unter dem Namen *Bürgerfraktion Eberswalde* zusammen. Die FDP und Bündnis 90/Die Grünen hatten je drei Mandate, die CDU 7 und die SPD ebenfalls 7. Letztere kam also mit der Verstärkung durch Dr. Mai auf 8 Fraktionsmitglieder. Damit waren DIE SPD und DIE LINKE, die als Wahlsieger von sich aus auf 8 Mandate kam, zu Beginn der Wahlperiode gleichstark.

Dies blieb so bis zum März 2016, als zunächst Dr. Ilona Pischel die Fraktion DIE

LINKE verließ. Die Erosion der Linken, bereits im Frühjahr 2011 mit dem damaligen Rauswurf von Carsten Zinn aus der Fraktion öffentlich merkbar, setzte sich im Dezember 2016 mit dem Fraktionsaustritt von Hans Pieper fort. Sowohl Pieper als auch Dr. Pischel gehörten mit Pausen seit den 90er Jahren der Links- bzw. zuvor der PDS-Fraktion an.

Viktor Jede, der kurz vor Weihnachten aus der SPD-Fraktion austrat, nachdem er bereits im September die Partei verlassen hatte, erreichte erstmals zur Kommunalwahl 2014 einen Sitz im Stadtparlament.

Die neue Fraktion »*Bündnis Eberswalde*«, so heißt es in der Mitteilung an den StVV-Vorsitzenden, »*fühlt sich den Interessen der Bürger der Stadt Eberswalde im Sinne von bürgerfreundlicher, sozialer und transparenter Politik verpflichtet und tritt konsequent für die Wahrung demokratischer Prinzipien ein*«.

An der Sitzverteilung in den Ausschüssen und Aufsichtsräten ändert sich mit der neuen Fraktion zunächst nichts. Bei der bestehenden Mandatsverteilung ergeben sich entsprechend den Regelungen der Kommunalverfassung bei zwei Mitgliedern keine Ansprüche. Erst bei einem dritten Fraktionsmitglied gäbe es hier Auswirkungen.

Änderungen wären lediglich beim Vorsitz der Stadtverordnetenversammlung möglich. Die einstmals stärkste Fraktion DIE LINKE schrumpfte inzwischen von 8 auf 6 Mitglieder. Allerdings mußte inzwischen auch DIE SPD Federn lassen und schrumpfte von 8 auf 7 Mitglieder, womit sie die Position der stärksten Fraktion mit der CDU teilt, die derzeit ebenfalls über 7 Mandate verfügt.

Aktuell sind seitens SPD und CDU allerdings keine Ambitionen bekannt, hinsichtlich des StVV-Vorsitzes initiativ zu werden, zumal weitere Fraktionswechsel im neuen Jahr nicht ausgeschlossen sind.

## Das siebte Kreuz in Eberswalde



Angelehnt an den berühmten Roman von Anna Seghers hatten die Eberswalder Bahnwerker im Winter 2014/2015 am Bahnhofsvorplatz sieben Kreuze aufgestellt. Auf sechs Kreuzen standen die Namen von Betrieben, die einst das Eberswalder Wirtschaftsleben bestimmt hatten und die nach 1990 »abgewickelt« wurden: Chemische Fabrik Nowotal (1881 – 1990, 620 Beschäftigte), SZME Schweinezucht- und Mastkombinat Eberswalde (1969 – 1990, 800 Beschäftigte), Rohrleitungsbau Finow (1893 – 1992, 1.100 Beschäftigte), Kranbau Eberswalde (1902 – 1992, 3.500 Beschäftigte), Papierfabrik Wolfswinkel (1830 – 1994, 200 Beschäftigte), Walzwerk Finow (1949 – 2013, 2.300 Beschäftigte).

Auf dem siebten Kreuz stand noch ein Fragezeichen. Mitte 2016, gleich nach den Informationen zur Einigung mit Quantum wurden die Kreuze abgeräumt. Voreilig, wie es nun scheint.

# Für faire Bürger- und Volksentscheide

**Ob gegen Massentierhaltung oder Ausbau der Windkraft, für eine bessere Finanzierung von Musikschulen oder eine Ausweitung des Nachtflugverbots: Immer wieder versuchen die Brandenburgerinnen und Brandenburger, ihr Lebensumfeld mit direkter Demokratie zu gestalten. Die hohe Anzahl von Volksinitiativen spricht dabei für eine aktive Zivilgesellschaft. Stimmen die Ziele einer Volksinitiative jedoch nicht mit dem Willen der Landtagsmehrheit überein, so fällt die Bilanz ernüchternd aus.**

Lediglich zwei Volksbegehren konnten die Hürde von 80.000 Eintragungen nehmen. Ein von der Bevölkerung ausgelöster Volksentscheid kam bisher nicht zustande. Noch schlechter sieht es für die direkte Demokratie in den Städten, Gemeinden und Kreisen aus. Regelmäßig scheitern Bürgerbegehren an zu kurzen Fristen, hohen Hürden und weiteren überzogenen Verfahrensanforderungen. Über bestimmte Themenbereiche darf die Brandenburger Bevölkerung gar nicht erst abstimmen. Bürgerentscheide sind in Brandenburg somit eher eine Seltenheit. Zum Vergleich: In Bayern fanden in den letzten 20 Jahren über 1.600 Bürgerentscheide statt, zehnmal mehr als in Brandenburg (160). Vergleicht man die Praxistauglichkeit der Regelungen in den einzelnen Bundesländern miteinander, so rangiert Brandenburg weit hinten auf dem 14. Platz.

## Breites zivilgesellschaftliches Bündnis

In einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis, dem u.a. die Grüne Liga, der Deutsche Mieterbund Land Brandenburg und die Freien Wähler angehören, starten wir eine Volksinitiative zur Verbesserung der direkten Demokratie. Das Bündnis streitet für eine anwendungsfreundliche Ausgestaltung der direkten Demokratie in Ergänzung zu den parlamentarischen Verfahren. Wir stehen für eine inklusive Demokratie. Fremdenfeindliche Initiativen haben bei uns nichts zu suchen.

Um die Ausgestaltung von kommunalen Bürgerbegehren und landesweiten Volksbegehren zu verbessern, braucht es eine Änderung der Kommunalverfassung sowie des Volksabstimmungsgesetzes. Beide können über das Instrument Volksinitiative/Volksbegehren geändert werden. Ab April 2017 will das Bündnis im Rahmen von Volksinitiativen zweimal 20.000 Unterschriften sammeln, um zwei Gesetzesvorlagen zur Reform der Regelungen auf Landesebene und auf kommunaler Ebene anzumelden. In der zweiten Stufe (Volksbegehren) müssen anschließend zweimal 80.000 Eintragungen zusammenkommen. Würden die Volksbegehren vom Brandenburger Landtag nicht übernommen, so würde es parallel zur Kommunal- und Europawahl im Frühjahr 2019 zu einem Volksentscheid über beide Vorlagen kommen.

**Zeitplan:** April - Oktober 2017: Volksinitiative, 2 x 20.000 Unterschriften; Juni - Dezember 2018: Volksbegehren, 2 x 80.000 Eintragungen auf den Ämtern; Frühsommer 2019 (Europa-

und Kommunalwahl): Volksentscheid.

Die Mehrheit der Teilnehmenden und mindestens 25 Prozent der Abstimmungsberechtigten müssen zustimmen. **Informationsveranstaltungen in Eberswalde zu den Volksbegehren für mehr direkte Demokratie in Brandenburg:**

– 20.01.2017,

20 Uhr im Rahmen der Veranstaltung »Six-to-Zero« der offenen Werkstatt. Ort: Hebewerk e.V., Zwischenraum H15, Havellandstraße 15.

– 25.01.2017, 19 Uhr, Ort: Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Puschkinstraße 13.

Bei unseren Infoveranstaltungen informieren wir über Projekt, Inhalte und Zeitplan und wollen gemeinsam überlegen, wie das Volksbegehren vor Ort in Eberswalde und Umgebung erfolgreich unterstützt werden kann.

## Was wollen wir ändern?

Unsere Vorschläge orientieren sich an den Bundesländern mit praxistauglichen Regelungen. Unsere Ideen sind also anderenorts bereits erprobt und gut umsetzbar.

### 1. Volksbegehren und Volksentscheide

Auf Landesebene wollen wir die freie Unterschriftensammlung in der Phase des Volksbegehrens (bisher nur bei Volksinitiativen) und die Kopplung von Volksentscheiden mit Wahlterminen einführen. Außerdem soll die Planbarkeit für Initiativen durch klare zeitliche Fristen erhöht werden und ihnen mehr inhaltliche Flexibilität nach der Volksinitiative zugestanden werden. Ähnlich der öffentlichen Parteienfinanzierung sollen Initiativen für ihr Volksbegehren eine finanzielle Würdigung erhalten, die an die Stimmenanzahl gekoppelt und gedeckelt ist. So wird politisches, zumeist auf Ehrenamtlichkeit beruhendes Engagement, unterstützt.

### 2. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide

Wie in den meisten Bundesländern sollen zukünftig Entscheidungen über Bebauungs- und Flächennutzungspläne für Bürgerbegehren zugänglich sein. Außerdem sollten die Bürgerinnen und Bürger auch über Abgaben und

**WIR  
ENTSCHEIDEN  
MIT!**  
wir-entscheiden-mit.de

Tarife öffentlicher Einrichtungen entscheiden können. In Bayern ist dies seit 20 Jahren Praxis. Die Bürgerinnen und Bürger pflegen dort einen verantwortungsvollen Umgang mit den kommunalen Finanzen. Bürgerentscheide über Steuern blieben weiterhin ausgeschlossen, da sie wesentlicher Bestandteil der Haushaltssatzung sind. Die extrem kurze Frist zur Einleitung eines Bürgerentscheids (innerhalb von acht Wochen nach einem Gemeinderatsbeschluss zu einem Thema) soll gestrichen werden. Unser Vorschlag ist, daß Beschlüsse jederzeit mit einem Bürgerbegehren korrigiert werden können. Weitere unnötige Stolpersteine sollen gestrichen werden, die Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit soll wie in Thüringen und Berlin an den Anfang des Verfahrens gestellt werden. Initiativen hätten dann die Möglichkeit, auf zulässigkeitsrelevante Bedenken zu reagieren und ihren Text anzupassen. Das Unterschriftenquorum soll fair ausgestaltet sein, gerade in Städten und großen Kreisen ist es schwer, ausreichend Unterschriften für lokal begrenzte Themen zu sammeln. Wir fordern eine Senkung auf 5 Prozent der Wahlberechtigten. Auch das Abstimmungsquorum ist deutlich zu hoch. Häufig scheitern Bürgerentscheide am Quorum, obwohl sich eine klare Mehrheit der Abstimmenden für ein Begehren ausspricht. Unser Vorschlag: Das Zustimmungsquorum wird auf 10 Prozent gesenkt. So ist weiterhin ein Mindestmaß an Beteiligung gewährleistet.

Um das zu schaffen und unsere Mitbestimmungsrechte auszubauen, brauchen wir ab April viel Unterstützung bei der Sammlung der Unterschriften und der Kampagne.

JAN DREWITZ

Kontakt: jan.drewitz@mehr-demokratie.de oder 030-42082370 ; www.wir-entscheiden-mit.de.

## Keine Eiszeit am Kanal

**Eberswalde (bbp).** Die Initiative Unser Finowkanal e.V. kommt am 18. Januar, um 18 Uhr, in der Alten Brauerei (Eisenbahnstraße 29) in Eberswalde zu ihrer Jahresmitgliederversammlung zusammen. Das Jahr 2017 verspreche »nicht zuletzt für unseren Finowkanal ein entscheidendes zu werden«, schreibt der Vorsitzende Hartmut Ginnow-Merkert in der Einladung. »Ob unser gemeinsamer Einsatz für den Erhalt dieses historischen Kulturgutes und dessen touristisch-wirtschaftliche Entwicklung von Erfolg gekrönt sein wird, wissen wir spätestens im Herbst dieses Jahres. Noch gibt es viel zu tun.«

Der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski habe seine Teilnahme zugesagt, um über den aktuellen Stand der Verhandlungen mit dem Bund zu informieren. Außerdem werden die neuen »Finowkanal-Paten« mit einem besonderen Präsent gewürdigt. Weitere Themen sind das nächste Hafenfest und eine neue Finowkanal-App, welche die Designerin Bettina Gries persönlich vorstellen wird.

»Im Bericht des Vorsitzenden lassen wir die Aktivitäten aus 2016 Revue passieren und stellen unsere Pläne für 2017 vor«, so Ginnow-Merkert. »Gern dürfen Sie Ihre Freunde und Gäste mitbringen. Neue Mitglieder sind stets willkommen.« Einlaß ist ab 17.30 Uhr.

**Barnimer Bürgerpost abonnieren!**  
www.barnimer-buergerpost.de

## Mehrere »Silberne«

Der ZWA will am 22.11.2017 sein silbernes Jubiläum feiern, den 25. Jahrestag seiner Gründung. Warum hat er dies nicht am 14. Februar 2016 gefeiert, dem Jahrestag der Gründungsveranstaltung von 1991? Damals hatten 32 Mitglieder die Gründungserklärung des Zweckverbandes unterzeichnet. Oder warum soll nicht am 24.03.2018 gefeiert werden? Das war das Gründungsdatum laut der Veröffentlichung im Amtsblatt des Landkreises 1997.

Gefeiert werden soll statt dessen jenes Gründungsdatum, das der Landrat auf der Grundlage des Wasserzweckverbände-Stabilisierungsgesetzes mittels Feststellungsbescheid vom 9.12.2002 auf den 22. November 1992 festgelegt hat. Das war notwendig geworden, um das verfassungsmäßig gegebene Rückwirkungsverbot auszuhebeln und so den rechtlichen Bestand der ZWA-Satzungen zu sichern.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 15.11.2015 dazu im Zusammenhang mit den Altanschießerbeiträgen ein deutliches Urteil gesprochen, und die Konsequenzen daraus sind noch nicht abschließend gezogen.

Vielleicht muß über den tatsächlichen Termin der Unternehmensgründung noch einmal nachgedacht werden. Sollte es vielleicht die Unternehmensgründung im Notartermin sein?

ALBRECHT TRILLER

## Das ist der Stil des Bürgermeisters

**Nein, die Rathauspitze stellt sich nicht der Kritik. Hier irrt die lokale Tageszeitung (vgl. »Rathauspitze stellt sich Kritik«, MOZ 17./18.12.2016). Die Amtsleiter und verbliebenen Dezernenten stellen sich nur hinter den Bürgermeister.**

Die Art und Weise, wie auf der Stadtverordnetenversammlung am 15. Dezember zu den vom geschäfteten Ex-Stellvertreter des Bürgermeisters aufgeworfenen Fragen reagiert wird, ist typisch für des Bürgermeisters Demokratieverständnis. Die Erklärungen kamen überraschend im Punkt »Informationen aus der Stadtverwaltung« auf die Tagesordnung. Da durften die Stadtverordneten gespannt sein, welche Informationen gegeben werden. Daß ein so brisantes Thema Gegenstand von fünf Kurzbeiträgen von Dezernenten und Fachgebietsleitern sein würden, war aus der Tagesordnung nicht zu ersehen. Welche inhaltlichen Aussagen getroffen wurden, war erst recht nicht klar. Es gab ja keine Vorlagen. Hätte man diese Themen schon in der öffentlichen Einladung benannt, wären möglicherweise auch Einwohner gekommen, die das Thema interessiert. Aber das wollte der Bürgermeister gewiß nicht. Da hätte er ja darüber nachdenken müssen, die Informationen eher im nichtöffentlichen Teil zu geben.

Vielleicht hätten sich bei entsprechendem Hinweis in der Tagesordnung die Abgeordneten auf eine Debatte zu diesen Punkten vorbereitet. Allerdings sind Diskussionen beim Punkt »Informationen« gar nicht vorgesehen.

Dazu wäre ein eigenständiger Tagesordnungspunkt mit Beratung und ggf. Beschlußfassung nötig gewesen. Aber auch das wollte der Bürgermeister ganz gewiß nicht.

Eine öffentliche Debatte über die Berechtigung der kritischen Feststellungen des Ex-Vize wäre sicher das letzte, was ihm dazu einfiel. Aber vielleicht sollte es nur eine erste Vorab-Stellungnahme sein? Als Vorbereitung einer gründlichen Debatte in der nächsten Stadtverordnetenversammlung?

Davon war nicht andeutungsweise die Rede. Nein, bloß keine weitere Debatte. Der Bürgermeister hat die Verwaltungsspitze sprechen lassen und damit basta.

Zur Erinnerung für die Wähler hier ein Auszug aus Boginskis Wahlprogramm von 2006. Unter der Überschrift »Eine neue Bürgergesellschaft in Eberswalde« heißt es: »Die Bürgerinnen und Bürger von Eberswalde werden vom 'Regierten zum Beteiligten'. Eine wichtige Aufgabe wird es sein, neue Wege für die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik, Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern zu gehen. Verwaltung und Politik müssen transparent, offen, ehrlich, bürgernah und vorausschauend handeln.«

ALBRECHT TRILLER

## Fraktion mit unverwechselbarem Profil

In den letzten Jahren hat sich vieles in unserer Welt auf politischer und wirtschaftlicher Ebene geändert. Auch in unserer Stadt gab es viele Veränderungen.

Einige versuchen, in der Kommunalpolitik enge Grenzen zu ziehen und wollen die sich neu auftuenden Horizonte nicht erkennen. Wir haben, jeder für sich, selbst erfahren, daß die Impulse, die wir in unseren bisherigen Fraktionen geben wollten, an enge Grenzen gestoßen sind, die mehr und mehr unüberbrückbar wurden. In der heutigen Zeit sind bei vielen unserer Wähler Politikverdrossenheit und Orientierungslosigkeit entstanden, weil überbrachte Werte mit neuen Erfordernissen in Widerspruch geraten sind. Es hat eine Resignation gegenüber den politischen Parteiateuren eingesetzt.

Wir beabsichtigen mit den uns nunmehr zur Verfügung stehenden Mitteln, die sich aus der Fraktionsbildung ergeben, diese Verkrustun-

gen, an denen einige gern festhalten, aufzubrechen und sich neu abzeichnende Chancen für eine erfolgreiche Entwicklung in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung zu nutzen. In diesem Sinne sind wir für jedermann offen und freuen uns über jeden, der die Kommunalpolitik mit neuen Ideen voranbringen und bereichern will.

Mit der Wahl unseres Fraktionsnamens dokumentieren wir, daß wir unsere gebündelte politische Kraft ganz im Sinne bürgerfreundlicher, sozialer und transparenter Politik unter konsequenter Wahrung demokratischer Prinzipien im Interesse der Bürger der Stadt Eberswalde einsetzen werden.

Wir streben aber bewußt, in Abgrenzung zu den anderen Fraktionen, ein unverwechselbares eigenes Profil an.

VIKTOR JEDE, Vorsitzender der Fraktion »Bündnis Eberswalde« in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde

## Qualitätsunterschiede in Barnimer Kitas

**Eberswalde (prest-bar).** Trotz großer Anstrengungen gibt es noch immer große Qualitätsunterschiede in Barnimer Kindertagesstätten. Das ist das Ergebnis einer Erhebung der Barnimer Bildungsinitiative. Demnach erfüllten 57 von 118 Einrichtungen mehr als 75 Prozent der gesetzten Standards. »Das ist ein zufriedenstellender Wert, auf dem sich aufbauen läßt«, so Bil-

dungsreferentin Stefanie Graf. Lediglich zehn Einrichtungen würden weniger als 50 Prozent der Standards erfüllen.

Insgesamt wurden elf Kriterien erfaßt, darunter etwa die Zusammenarbeit im Team, das pädagogische Konzept und die pädagogischen Ziele. Aber auch die Raumgestaltung und die Ausstattung mit Materialien wurden erhoben.

# Frontalangriff auf die Transparenz Beziehungen zu Polen

Politische Entscheidungsfindung wird gefährdet

**Transparenz, d.h. durchsichtige Politik, ist ein Wesensmerkmal jeder ernst gemeinten Demokratie. Man sollte meinen, auch der bürgerlichen Demokratie. Deshalb benötige ich für eine verantwortungsbewußte Vertretung meiner Wähler in der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde eine offene und transparente Information ohne geheimniskrämerische Einschränkung.**

Transparenz in der Politik bedeutet freie Information, freien Zugang zu allen Informationen, echte Beteiligung der Bürger und Rechenschaft durch total offene Kommunikation zwischen Politikern und Bürgern. Entscheidungen müssen für den Bürger durchschaubar und nachvollziehbar sein. Ich erinnere mich an Rolf Henrich, den Vertreter der demokratischen Bürgerbewegung 1989, der 1990 in seiner Schrift »Der vormundschaftliche Staat« mahnt: »Hindert die Staatsgewalt den Bevormundeten daran, mündig zu werden und selbstbestimmt zu leben, wird sie reaktionär.«

Wie sieht das konkret für meine Tätigkeit in der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde aus?

Rechtlich verpflichtet die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg in erster Linie zur Öffentlichkeit. Dieser Grundsatz ist in § 36 festgeschrieben. Dort heißt es in Absatz 2: »Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind öffentlich«. Das ist das Grundlegende. Alles andere sind extra zu begründende Ausnahmetatbestände, die aber in Eberswalde immer mehr als Regel praktiziert werden.

Auf diese Weise wird das geltende Recht auf den Kopf gestellt. Die politische Dimension hinsichtlich Nichtöffentlichkeit und angeordneter Verschwiegenheit darf man in ihren weitreichenden Wirkungen nicht unterschätzen, denn hier wird das Grundrecht der freien Meinungsäußerung beschnitten.

Wirkungsvolles Erreichen kommunalpolitischer Ziele braucht Transparenz und Offenheit. Das bedingt ein Verhalten von Stadtverordneten und Verwaltung, das in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse von konsequenter Öffentlichkeit geprägt ist. Dem Bürger müssen Verfahrensweisen und Entscheidungen der Kommunalpolitiker durchsichtig und verständlich nahegebracht werden. Nichtöffentlichkeit bedingt Intransparenz.

Die Sitzungen der Stadtverordneten sind öffentlich, es schließt sich jedoch allermeist ein nichtöffentlicher Sitzungsteil an. Muß das denn überhaupt so sein? Wovor hat man Angst? Es stellt sich die Frage nach der Notwendigkeit und nach den sachlichen Gründen von Nichtöffentlichkeit.

Wenn der Bürgermeister beabsichtigt, von den Volksvertretern eine Verpflichtungserklärung zur Verschwiegenheit per Unterschrift abzuverlangen und sich dabei auf seine Auslegung der Kommunalverfassung beruft, dann stimmt da doch etwas nicht. Ich würde das als ein unzumutbares Verlangen empfinden, das zu meiner Auffassung von transparenter Politik im Widerspruch steht.

Ich denke, viele Stadtverordnete befinden sich durch die Form der Nichtöffentlichkeit bestimmter Veranstaltungen permanent in Zwängen zwischen Information und Geheimhaltung.

Ein offener und offensiver Umgang mit Informationen schafft Vertrauen. Geheimniskrämerie, also Geheimhaltung, wo sie nicht nötig ist, schafft Mißtrauen und läßt Gerüchte entstehen. Informationen dürfen nicht erst auf Nachfrage gegeben werden, Information darf nicht zum Insider-Wissen aus internen Zusammenkünften werden.

Muß der Bürgermeister denn wirklich zwingend notwendig mit Fraktionsvorsitzenden interne Beratungen durchführen? Ich fühle mich als fraktionslose Stadtverordnete von solchen Informationen ausgeschlossen.

Die Verfahrensweise der nichtöffentlichen Sondersitzung zur fristlosen Kündigung des ehemaligen Dezernenten, Herrn Gatzlaff, ist wohl ein Beispiel »unglücklicher« und vor allem einseitiger Informationspolitik. Es bleibt der unschöne Eindruck, daß hierbei nicht »alle Karten auf den Tisch gelegt« wurden. Man fragt sich, was eine Geheimhaltung bei Offenkundigkeit der Tatsachen bewirken sollte.

Wenn heute Politik Probleme hat mit der Akzeptanz ihrer Entscheidungen durch die Betroffenen, liegt es oft nicht so sehr an Inhalten dieser Entscheidungen, sondern an den Mängeln in der Vermittlung und an der fehlenden Transparenz und Information für die Bürger.

Um so mehr muß man sich über die Aussage des Vorsitzenden der Fraktion Die Linke, Jürgen Wolff, wundern, der auf den Vorwurf des Vorsitzenden der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde, Carsten Zinn, bezüglich eines »Maulkorberlasses« durch den Bürgermeister konterte, daß »getroffene Hundebellen«. Wo kommen wir denn hin, wenn ein rechtschaffender Stadtverordneter mit einem Hund verglichen wird!

Herr Wolff sollte zudem in der Programmatik seiner Partei die Passage aus dem Abschnitt »Demokratische Kommunen« nachlesen, in der es heißt, DIE LINKE »fordert ... Transparenz und öffentliche Kontrolle«.

Sicher hat doch diese Forderung der Linken nach wie vor Gültigkeit. Mit dem durch Herrn Wolff auf Facebook geführten provokativen Angriff auf einen Andersdenkenden in der Stadtpolitik trägt er dem wohl kaum Rechnung und man muß annehmen, daß er intransparente Politik billigt in Kauf nimmt.

Das alles kann doch nicht im Interesse der Wähler sein!

**Eberswalde (bbp).** Zum Thema »Kommunale Beziehungen zu Polen« fragte der bündnisgrüne Stadtverordnete Prof. JOHANNES CREUTZIGER im November im Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration nach. Vor dem Hintergrund der neuen Regierung in Polen (Szydlo, Kaczynski) wollte er wissen, ob sich dies auf die Entwicklung der kommunalen Beziehungen zum benachbarten polnischen Gebiet, insbesondere zur Stadt Gorzów Wielkopolski (Landsberg/Warthe) ausgewirkt hat und wie diese Beziehungen weiter entwickelt werden. Weiter fragt er: »Welche Rolle sollte die Stadt Eberswalde bei der Entwicklung von Beziehungen nicht-kommunaler Akteure (zum Beispiel durch Sportvereine, Kirchengemeinden) nach Polen spielen?«

Gorzów gehöre neben Delmenhorst und Herlev zu den drei Partnerstädten von Eberswalde, antwortete Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI. Negative Auswirkungen der nationalkonservativen Regierungspolitik auf die kommunalen Beziehungen zu Polen seien nicht feststellbar. Die Beziehungen zu Gorzów haben sich seit der Wahl des neuen Stadtpräsidenten JACEK WÓJCICKI verbessert. Die Partnerschaft habe einen neuen Schwung erfahren, so Boginski. Er sei auch zur 760-Jahrfeier im kommenden Jahr eingeladen. Auch zu den Kulturakteuren in Gorzów seien die Beziehungen ausgesprochen gut.

In der Stadtverwaltung ist die Leiterin des Bürgermeisterbereiches NANCY KERSTEN für die Zusammenarbeit mit den Partnerstädten zuständig. Zur Zusammenarbeit mit polnischen Sportvereinen müsse im Amt für Bildung, Jugend und Sport nachgefragt werden, was auf Grund der kurzfristigen Anfrage noch nicht geschehen sei. Boginski verwies auf die intensiven Beziehungen des Seniorenbeirates der Stadt nach Gorzów hin und auf das positive Verhältnis zur polnischen Bevölkerung, welches sich in der hohen Besucherzahl im Zoo widerspiegelt (25.000 Besucher/Jahr aus Szczecin). Auch Eberswalder Schulen haben seit vielen Jahren intensiven Kontakt mit polnischen Schulen, so Boginski.

Wie Prof. Creutziger gegenüber der »Barnimer Bürgerpost« ergänzte, spielt Polen nach seiner Wahrnehmung (außer in Bezug auf Tanken, Zigaretten und sonstigem Handeln auf »Polenmärkten«) für die Eberswalder keine große Rolle.

»Die Beziehung scheint mir unsymmetrisch. Ich denke, daß zum Beispiel sehr viel mehr Polinnen und Polen deutsch können als umgekehrt Deutsche polnisch verstehen und sprechen. Die Antworten des Bürgermeisters verstehe ich so, daß es zumindest bei Beziehungen zu Gorzów keine Erschwernisse gibt, und daß er es für sinnvoll hält, die Beziehungen zu entwickeln und private Initiativen, die in diese Richtung gehen, zu unterstützen.«

## Maulkorberlaß

Nach der Suspendierung und fristlosen Entlassung des stellvertretenden Bürgermeisters der Stadt Eberswalde und Dezenten für Kultur und Beschäftigungsförderung Bellay Gatzlaff ... berichteten Presse, Rundfunk und Fernsehen über dieses Ereignis ... Nach Auffassung des Eberswalder Bürgermeisters Friedhelm Boginski gelangten dabei unerlaubt Informationen aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzungen der StVV an die Öffentlichkeit.

Bürgermeister Boginski reagierte darauf in der jüngsten Stadtverordnetenversammlung am 15. Dezember in eigener Weise. Er informierte, daß er den Rechts- und Personalamtsleiter Stefan Müller damit beauftragt habe, für alle Stadtverordneten eine »Belehrung« zu erarbeiten, deren wesentlicher Inhalt darin bestehen soll, daß »absolut keine Informationen« aus dem nichtöffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung, der Ausschüsse sowie aus sonstigen außerhalb der Regelungen der Kommunalverfassung stehenden geschlossenen Informationsveranstaltungen an die Öffentlichkeit gelangen... Bürgermeister Boginski kündigte an, daß den Stadtverordneten diese »Belehrung« zeitnah zur persönlichen Unterzeichnung vorgelegt werde.

Dieses Ansinnen stellt einen ungehörigen Affront des Bürgermeisters und Hauptverwaltungsbeamten gegenüber den gewählten Stadtverordneten dar.

Es ist klarzustellen, daß die Stadtverordneten nach der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf) § 30 Absatz 1 ihr Amt »nach ihrer freien, dem Gemeinwohl verpflichteten Überzeugung im Rahmen des geltenden Rechts« ausüben und dabei »an Aufträge nicht gebunden« sind. Die »Verschwiegenheitspflicht« der Stadtverordneten ist in der Brandenburgischen Kommunalverfassung § 21 in Verbindung mit § 31 Abs. 2 abschließend geregelt. Besondere »Belehrungen« durch die Stadtverwaltung sind hier nicht vorgesehen und damit rechtlich irrelevant. Wenn Bürgermeister Boginski trotzdem zu diesem Mittel greift, muß ihm die Absicht unterstellt werden, daß er in rechtswidriger Weise die Stadtverordneten disziplinieren und ihnen Daumenschrauben ansetzen will.

Wir registrieren mit Erschrecken, zu welchen Mitteln der Bürgermeister inzwischen greift und fragen, wie blank die Nerven beim Bürgermeister liegen müssen, um zu solch drastischen Maßnahmen zu greifen...

Das Amt des Bürgermeisters ist ein öffentliches Amt, welches nicht dazu da ist, daß der Amtsinhaber seinen eventuell ausbrechenden despotischen, egomanen oder narzistischen Neigungen ungehemmt nachgehen kann.

Es ist Aufgabe der Stadtverordneten, die Verwaltung zu kontrollieren – nicht umgekehrt. Insofern gilt es klarzustellen, wer in der Eberswalder Stadtpolitik »Koch« und wer »Kellner« ist.

CARSTEN ZINN, Fraktionsvorsitzender

## »Die Kinder wollen nicht nach Hause...«

Nach der Eröffnung des Kindergartens MORGENGLANZ im September 2016 und den ersten Monaten des Betriebs blicken wir zurück auf eine ereignisreiche und für alle Beteiligten aufregende Zeit! Eine Zeit, die in dieser besonderen Form nie wieder kommt. Indessen sind die beiden Kindergartengruppen, DIE SEEROSEN und DAS NESTCHEN, mit insgesamt 26 Kindern voll belegt. Die Eröffnung einer dritten Gruppe ist in Planung. Die Räume im Eberswalder Stadtteil Finow sind nach der Sanierung nicht wiederzuerkennen und werden von Kindern und Erziehern Tag für Tag in wundersamer Weise mit Leben gefüllt. Schon nach so kurzer Zeit ist für alle die Besonderheit dieses Ortes zu spüren – die Kinder wollen nachmittags nicht

nach Hause und die Wochenenden sind plötzlich so lang wie noch nie. Mit dem Kindergarten MORGENGLANZ haben wir nicht nur eine Betreuungsmöglichkeit und neue Arbeitsplätze für die Region geschaffen, sondern einen liebevoll gestalteten Lebensraum, der Eltern, Kinder und Pädagogen als Gemeinschaft zusammenbringt. Wir haben es geschafft: Das Samenkorn liegt in der Erde und wir alle dürfen nun dabei zusehen, wie es wächst und gedeiht.

Noch einmal möchten wir an dieser Stelle danke sagen an alle Menschen, die unser ehrgeiziges Projekt auf unterschiedlichste Weise unterstützt und begleitet haben.

LUCIA-MARIA MASINI, VERENA ZERM,  
ULRICE FUß und RUTH-MARIA HILBRIG

## »Geschmäckerl« beim Neujahrsempfang

**Eberswalde (bbp).** Im Rahmen der Diskussion zum Haushalt 2017/18 hatte die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde eine Anfrage zu den Kosten des jährlichen Neujahrsempfangs gestellt. Es war bekannt geworden, daß die Kosten des Neujahrsempfangs 2016 den Budgetansatz um mehr als die Hälfte übertrafen hatten. Über deutliche Mehrausgaben war zuvor im Zusammenhang mit dem Stadtfest FinE informiert worden. »Da sich solche Budgetüberschreitungen häufen«, stellte die Fraktion fest, »entsteht der Verdacht, daß es sich hierbei um die übliche Praxis bei der direkten Zusammenarbeit von Bürgermeisterbereich und Kulturamt handeln könnte«. Die Verwaltung solle daher eine tabellarische Aufstellung vorlegen »zum jeweils geplanten Budget und den schließlich tatsächlich angefallenen Ausgaben für die Neujahrsempfänge der vergangenen 10 Jahre«.

Auf der Stadtverordnetenversammlung am 15. Dezember bestätigte Kulturamtsleiter Dr. Stefan Neubacher, daß als Budget 13.500 Euro vorgesehen waren, aber insgesamt 21.000 Euro für den Neujahrsempfang 2016 ausgegeben wurden (siehe Tabelle).

Jahr	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Kosten	2.128 €	3.960 €	4.440 €	5.803 €	7.576 €	7.803 €	11.807 €	18.030 €	23.530 €	21.000 €

Mithin Mehrausgaben von 56 Prozent. Der »Eigenanteil« von 13.500 Euro sei aber nicht überschritten worden, weil sich die GLG als Gastgeberin mit 3.500 Euro an den Kosten beteiligt habe und außerdem Mehreinnahmen durch Werbung der WHG in Höhe von 4.000 Euro erzielt werden konnten. Darauf, daß Mehreinnahmen der Minderung des »Eigenanteils« dienen könnten und sollten, scheint niemand gekommen zu sein.

Die WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft gehört im übrigen zu 100 Prozent der Stadt und der Bürgermeister ist nicht nur kraft seines Amtes der alleinige Gesellschaftervertreter, sondern zugleich Aufsichtsratsvorsitzender. Für solche Zusammenhänge wird zuweilen das Wort »Geschmäckerl« verwendet. Das Wort kommt wohl aus dem Öster-

reichischen – womit Eberswalder Bürgermeister schon früher zu tun hatten\*.

2007 bis 2009 wurde zusätzlich das Catering gesponsert. Die hohen Kosten im Jahr 2015 ergaben sich, weil infolge Sturm der Neujahrsempfang auf das Frühjahr verschoben werden mußte und entsprechend »annähernd doppelte Kosten« anfielen.

Der Ansatz im zugehörigen Sachkonto 549100, das neben dem Neujahrsempfang auch der Finanzierung des Studentenempfangs, sowie der Veranstaltungen am Rosenmontag sowie am 9. und 11.11. dient, ist seit 2010 ausgewiesen und stieg von 9.000 € in den Jahren bis 2013 über 11.000 € für 2014 und 2015 auf 20.000 € im Jahr 2016, von denen 13.500 für den Neujahrsempfang eingeplant waren.

Ab 2017/18 ist die Finanzierung des Neujahrsempfangs auf das Sachkonto 527100 »Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen« übergegangen. In der zuständigen Produktgruppe 28.40 werden in diesem Sachkonto 222.550 € im Jahr 2017 und 203.050 € im Jahr 2018 bereitgestellt. Was neben dem Neujahr-

empfang noch alles aus diesem Konto zu finanzieren ist, geht aus dem Haushaltsplan nicht hervor (HH-Plan 2017/18 auf Sachkostenebene auf [www.eberswalde.de](http://www.eberswalde.de), Rubrik »Rathaus/Ortsrecht«, Unterrubrik »Haushalt/Finanzen« unter Haushaltsplan 2017/2018 »Ausfertigung der Teilhaushalte mit Sach- und Finanzkonten« (deeplink: [https://eberswalde.de/fileadmin/bereich-eberswalde/user/ewpoethke/Haushalte/Haushaltsplan\\_2017-18\\_-\\_Sachkonten.pdf](https://eberswalde.de/fileadmin/bereich-eberswalde/user/ewpoethke/Haushalte/Haushaltsplan_2017-18_-_Sachkonten.pdf)).

\* Zur »Männerfreundschaft« zwischen dem damaligen Bürgermeister Reinhard Schulz und dem »Flugplatzentwickler« aus Österreich Beppo Brandstetter siehe: »Der Versuch einer Bilanz – Die Bilanz eines Versuches. Acht Jahre Bürgermeister Reinhard Schulz«, eine Veröffentlichung der Bürgerinitiative 25. Juni, Eberswalde 2003.

**W**ir, die Bürgerinitiative für den Erhalt der historischen Klandorfer Pflasterstraßen, sind in dieser Zeit nicht untätig geblieben, haben unter anderem unseren »Fall Dorfstraße« auf der »Pflastertagung« der Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg in Brandenburg a. d. Havel in einem Forum vorgestellt und wichtige Verbündete aus der Fachwelt und Politik gewonnen. Ebenso haben wir Verbindungen zum Landesministerium und zum Gestaltungsbeirat der Brandenburgischen Architektenkammer geknüpft und Fördermöglichkeiten zur Sanierung unserer Straßen recherchiert. Die Bürgerinitiative wurde durch die Gemeinde wesentlich an der Aufgabenbeschreibung und am Auswahlverfahren für den Gutachter beteiligt. Zwischenzeitlich hat VOLKER SÜDMEIER vom Ingenieurbüro Weiland aus Gransee die Arbeiten für das Gutachten übernommen und die ersten vorläufigen Ergebnisse vorgelegt.

Das Wichtigste: Für die vorhandene Dorfstraße hat der Gutachter auf Grundlage des Baugrundgutachtens und der gültigen technischen Regelwerke (RSTO – Richtlinie für standardisierten Oberbau) eine **Haltbarkeit bis mindestens zum Jahr 2034** berechnet! Die bevorzugten Argumente des Bürgermeisters »wir wollen kein gutes Geld schlechtem hinterherwerfen«, die angeblich zwingende Notwendigkeit eines Neubaus wegen Altersschwäche, sind damit objektiv widerlegt. Die Instandsetzung der Pflaster-Randbereiche wäre höchstwahrscheinlich die erste vernünftige Reparatur im 116-jährigen Leben dieser Straße überhaupt! Von schlecht investiertem Geld in eine schlechte Straße kann also bei redlicher, sachlicher Betrachtung nicht die Rede sein.

Im Gegenteil: Die Klandorfer Dorfstraße ist in hoher Qualität erbaut und wird wegen des geringen Fahrzeugverkehrs noch viel länger halten als die rechnerische Prognose ermittelt hat. Wenn die beschädigten Bereiche in gleicher Qualität instandgesetzt würden, wie es die Altvorderen um 1900 getan haben, hält die Straße noch einmal 100 Jahre. In Wahrheit hat die Gemeinde noch nie »Geld geworfen«. Sie hat nie eine ordnungsgemäße laufende Instandhaltung vorgenommen, vor allem hat sie nichts wirksam gegen das nach Regen am Straßenrand stehende Wasser getan. Das allein ist die Ursache der aufgetretenen Schäden; die Gemeinde überläßt mutwillig die Straße der Zerstörung, um einen Neubau zu provozieren. Das ist das Gegenteil von nachhaltigem Wirtschaften. Ein Neubau aber paßt nicht zum Dorfcharakter und entwertet die Grundstücke.

Laut Gutachter soll das Regenwasser künftig durch Absenkung der Sommerwege um wenige Zentimeter seitlich der befestigten Straße versickert werden. Gleichzeitig sollen die 2007 entstandenen Sickergräben wieder verfüllt und die Poller entfernt werden. Auch das waren wichtige Forderungen der Klandorfer Mehrheit als Ergebnis unserer Befragung Ende 2014. Darüber hinaus soll für den Bereich Kirche bis



**Um die Klandorfer Dorfstraße ist es ein bißchen ruhig geworden. Durch krankheitsbedingtem Ausfall des Gutachters kam es zu erheblicher Verzögerung. Das durch die Gemeinde beauftragte Gutachten soll dazu dienen, vernünftige Entscheidungen in der Gemeinde herbeizuführen und zu begründen.**

südlicher Ortsausgang wieder ein Abfluß zu den Wiesen eingerichtet werden. Der Zufluß aus den einmündenden Straßen, insbesondere der Bergstraße, soll durch entsprechende Maßnahmen (eventuell Anlage von Rigolen) begrenzt werden.

Das Gutachten wird die **verschiedenen Sanierungsmöglichkeiten** der Straßen nebeneinander stellen und vergleichen in der Bandbreite folgender Varianten:

- Reparatur vorhandener Schäden am Pflaster der Straßenränder.

- Historische Straße bleibt, Schaffung von Ausweichstellen oder ein- bzw. beidseitige Verbreiterung mit unterschiedlich möglichen Materialien auf 5 m (Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h) oder 5,50 m (Geschwindigkeit bis 50 km/h).

- Grundhafter Ausbau (historisches Pflaster wird rausgerissen, kompletter Straßenneubau).

- Hocheinbau (die alte Straße bleibt drinnen, die Randstreifen werden aufgenommen und mit tragfähigem Material verfüllt, das Ganze dann mit einer 6 cm Asphalttragschicht plus 4 cm Deckschicht überzogen).

**Für die Initiative sind vorrangig der Erhalt der historischen Straßen, das Bewahren des Ortsbildes und die Beibehaltung der Mischnutzung als vielfältig genutzter Raum der Begegnung aller Bürger – auch der nicht motorisierten, älteren und der Kinder – die entscheidenden Zielsetzungen.** Auf dieses Leitbild der künftigen Dorfentwicklung hat sich auch die vom Bürgermeister eingesetzte Arbeitsgruppe mit dem Ortsbeirat, Bürgern und BI Ende 2014 verpflichtet.

**Dem entspricht die Straße, so wie sie jetzt ist, ideal.** Alle Maßnahmen der durchgängig befestigten Verbreiterung begünstigen höhere Autogeschwindigkeiten und laufen dem Ziel des gleichberechtigten, rücksichtsvollen Miteinanders aller Straßenbenutzer – mit und ohne Fahrzeug – zuwider. **Die Varianten Neubau und Hocheinbau lehnen wir ab, weil sie weder notwendig noch sinnvoll wären.** Das Gutachten wird auch vergleichende Aussagen treffen zu Bau- und Unterhaltskosten und zu den Anliegerbeiträgen. Zur Neugestaltung des dörflichen Zentrums um die Kirche wird es ebenfalls Vorschläge geben, die mit den Bürgern zu diskutieren sind.

### Wie geht es weiter?

Die Ergebnisse des Gutachtens werden durch den Ingenieur Volker Südmeier in einer **öffentlichen Bauausschuß- und Ortsbeiratssitzung am Dienstag den 07.02.2017** im Klandorfer Waldgasthof Perkuhn vorgestellt. Am Ende soll sich jeder ein Bild über die Vor- und Nachteile der jeweiligen baulichen Variante gemacht haben und über die entsprechenden Kosten Bescheid wissen, die mit oder ohne öffentliche Fördermöglichkeiten auf den Gemeindehaushalt und ggf. auf die einzelnen Anlieger entfallen würden.

### Die Bürgerinitiative tritt ein für:

- Keine Entscheidung über die Köpfe der Klandorfer Bürgerschaft hinweg.

- Das Leitbild erhaltender, behutsamer Erneuerung des Klandorfer Ortsbildes mit seinen durch das Biosphärenreservat geschützten historischen Pflasterstraßen, Wertschätzung kulturellen Erbes,

- Erhalt der gemischten Nutzung und sozialen Funktionen des Straßenraumes für die Dorfgemeinschaft – entsprechend dem Vorbild »shared space«. Maximale Geschwindigkeit 30 km/h, gegenseitig rücksichtsvoller, gleichberechtigter Umgang aller Nutzer des Straßenraumes,

- Sofortige Inangriffnahme notwendiger Reparaturen durch die Gemeinde, z.B. auch aus Mitteln des »Pflasterpools« beim Landkreis.

- Keine Anliegerbeiträge, weil ein Neubau weder notwendig noch sinnvoll ist,

- Streichung Klandorfs von der Liste geplanter Straßenneubauten (2019) beim Bürgermeister (Kosten lt. Gemeinde jetzt schon 570.000 EUR gegenüber früheren 470.000 EUR),

- Pflichtgemäße Bereitstellung ausreichender Haushaltsmittel für die regelmäßige Unterhaltung der Dorfstraßen anstelle von Unterlassung der Instandhaltung (absichtliches Herunterwirtschaften) und vorsätzlich provoziertem, unvernünftigem Neubau,

- Pflichtgemäß verantwortungsvoller und sparsamer Umgang der Gemeinde mit öffentlichen Mitteln, Beachtung der Grundsätze von Nachhaltigkeit.

LUTZ PAPROTH  
für die Bürgerinitiative für den Erhalt  
der historischen Klandorfer Pflasterstraßen

# Die Rechenkunststücke des Herrn Boginski

**Um die Idee der Übernahme nur der Schleusen am Finowkanal schmackhaft zu machen, werden abenteuerliche Rechenkunststücke dargeboten. Da wird z.B. behauptet, daß es jetzt einen »Alternativvorschlag« gäbe, der die Finanzierung von 50 % aller Kosten durch den Bund enthält. Daß dies bereits im Haushaltentwurf des aktuellen Bundeshaushaltes enthalten ist (also vor dem 75 Millionen-Euro-Angebot des Bundes) und für fünf Projekte in Deutschland (darunter auch dem Finowkanal) gilt, wird geflissentlich übersehen. Man hatte diese 50 % der Kosten mangels konkreter Zahlen zugesagt...**

Es gab hier auch keine Einschränkungen, daß es sich nur auf die reinen Baukosten beschränkt. Einzig in den Berechnungen der Wasserstraßenverwaltung (WSV) zur Übernahme des gesamten Kanals durch die Region sind die Kosten des Baus genau beziffert. Dort stammen die rund 14 Millionen Euro her, die jetzt gern als erfolgreich akquirierte Summe benannt werden.

Vielleicht sollte man sich auch genauer mit den konkreten Zahlen der WSV befassen. Man wird feststellen, daß hier sehr pauschal geschätzt wurde. Die Schleusen kosten laut WSV als Ersatzneubau alle zwischen 2,4 und 2,6 Millionen Euro. Aber: Kostete die Sanierung der Stadtschleuse Eberswalde noch rund zwei Millionen Euro (weil die Gründung nicht erneuert werden mußte), sieht es für die Schöpferter Schleuse so aus: »2008 wurde die Schleuse Schöpferter neu gebaut (kompletter Ersatzneubau samt Gründung und Stahlwasserbau in Stahlbeton). Die Baukosten betragen 5.056.607,47 €.« Und das, was dort passiert ist, war nicht einmal denkmalsgerecht. Es ist also realistischere Weise mit einer Kostensteigerung zu rechnen – oder nur mit einer Reparatur der Schleusen. Bei letzterem ist zu prüfen, ob es dafür auch die Fördermittel der ILB gibt.

Die jetzt angestrebte Tranchenfinanzierung durch den Bund löst nicht unbedingt die Vorauszahlungsprobleme der Mitglieder des zu gründenden Zweckverbandes. Zum einen ist der Grundsatz der Kostenerstattung bei den Fördermitteln der ILB mittlerweile gang und gäbe und zum anderen kann man derzeit wirklich nur davon ausgehen, daß Fördermittel bis 2020 zugesagt werden. Länger reicht die aktuelle Förderperiode nicht. Zusagen darüber hinaus wird es von der ILB gewiß nicht geben.

Das heißt, daß selbst bei einer unwahrscheinlichen Bauphase innerhalb der nächsten vier Jahre (2017 bis 2020) die Mitglieder des Zweckverbandes nach dem Tranchenplan von

Herrn Boginski mindestens 6 Millionen Euro vorfinanzieren müssen, weil die ja erst 2020/21 kommen werden. Da sind die Vorfinanzierungen, die mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit durch die Fördermittelbedingungen auf die Kommunen zukommen, noch nicht enthalten.

Die immer wieder vorgetragene Idee, mit den Schleusen den Anfang zu machen und dann später (evtl. in zehn Jahren) den Rest zu übernehmen, ist politische Augenwischerei. Es wurde bereits vor einem Jahr von einem einmaligen Zeitfenster gesprochen, das nicht lange währt. Warum soll es in zehn Jahren noch offen sein? Die 75 Millionen stehen dann garantiert nicht wieder zur Disposition...

Allein aber nur die Schleusen als Eigentum in einem Zweckverband beschneiden die Einnahmefähigkeiten derart drastisch, daß es garantiert ein Verlustgeschäft wird.

Der Clou ist die gewünschte intensivere Verbindung mit der WSV, am liebsten mit einer Mitgliedschaft in der KAG?

Der Laie staunt und der Fachmann wundert sich: Bisher war es unausgesprochener Konsens, wenn es einen Zweckverband gibt, der durch die Kommunen getragen wird, braucht man die KAG nicht mehr, Warum soll eine Kommune in zwei Gebilde einzahlen?

In einen Zweckverband wird eine Bundesverwaltung nicht mit einsteigen. Damit hat ja schon der Landkreis so sein Problem. Außerdem würde in diesem unwahrscheinlichen Falle der Bund eine Institution fördern, an der er selbst beteiligt wäre. Das wäre dann ein Novum in der Geschichte der Fördermittel. Mit einer Mitgliedschaft im Zweckverband würde sich der Bund in der Endkonsequenz ja nicht einmal richtig vom Eigentum lösen... er wäre als Mitglied dann quasi doch noch Eigentümer, wenn auch nur teilweise.

Nach wie vor muß man sich fragen, wie die KAG folgendes Paradoxon auflösen möchte: Als der Bund 75 Mio Euro zur Übernahme des

Kanals anbot, gab es ein Konzept, welches zur Sicherung der Einnahmen und einer wirtschaftlichen Nachhaltigkeit einer Betreiberorganisation regionale Entwicklung und Einnahmequellen mit dem Finowkanal verband. Dies ging von zusätzlicher INTERREG Förderung über Hausbootvermietungen und Grundstücksentwicklung bis zur touristischen Bewirtschaftung des Schiffshebewerkes. Das Konzept sah eine Einlaufkurve von etwa 15 - 18 Jahren vor, um die Wirtschaftlichkeit herzustellen.

Das durfte nicht einmal laut geäußert werden. Insbesondere die Stadt Eberswalde erklärte von Anfang an, das man keine Regionalentwicklung mit dem Finowkanal verbinden möchte. Der Stadt-Umland-Wettbewerb wurde lieber mit einem anderen Konzept bestritten und jede Überlegung in diese Richtung verhindert oder als unsinnig dargestellt.

Dagegen kam man auf den Geniestreich, nur die Schleusen zu übernehmen. Genau die Teile des Finowkanals, an denen die meisten Aufwendungen zu machen sind und die wenigsten Einnahmen zu erzielen sind.

Das soll nun zu einer sicheren Zukunft des durchgängig befahrbaren Finowkanals führen! Ach ja, in zehn Jahren will man ja über die Übernahme für den Rest verhandeln. Warum?

Warum soll man Grundstücke heraus messen, technische Infrastruktur trennen, Zuständigkeiten halbieren, Abstimmungsprozedere erfinden, um den Kanal mit zwei Eigentümern in Gang zu halten, um dann in zehn Jahren alles wieder zusammenzuführen?

Offensichtlich gibt es Mitglieder der KAG, die das Spiel der vermeintlich Mächtigen in der Runde der KAG nicht mehr mitmachen. Die Gemeindevertreter von Marienwerder stimmten, vor dem Hintergrund der äußerst prekären Lage zum Werbellinkanal und den ausbleibenden Hilfen durch Land und Landkreis, einstimmig für den Austritt aus der KAG.

FRIEDRICH ZWOO

## Das Projekt Finowkanal nicht gefährden!

**Marienwerder sendet gerade ein fatales Signal für das Finowkanalübernahme und -sanierungsprojekt. Dieses große und für die Region so bedeutsame Vorhaben kann nur gemeinsam gelingen. Dafür müssen alle Anliegergemeinden dahinterstehen und solidarisch an einem Strang ziehen.**

Die Sorgen der kleineren Kommunen in Bezug auf die Übernahme des Finowkanals sind verständlich. Wir plädieren daher nochmals dafür, Mut zu zeigen, und die vollständige Übernahme des Kanals in kommunale Hand verbunden mit einer Mitgift vom Bund in Höhe von 75 Millionen Euro zu favorisieren. Nur auf diese Weise können die Schleusen ohne finanziellen Eigenanteil der Kommunen

saniiert und der Betrieb des Kanals zumindest für die Anfangsjahre kostenneutral organisiert werden. Der Werbellinkanal sollte zukünftig in den zu gründenden Zweckverband zum Betrieb des Finowkanals integriert werden. Die KAG rufen wir auf, sich zusammenzurufen und Marienwerder im Boot zu halten, damit endlich gemeinsam nach vorne gerudert werden kann.

THOMAS DYHR, Kreissprecher B90/Grüne

# Entwicklungskonzept für touristische Wasserstraßen

Thesenpapier des Vereins Initiative Unser Finowkanal e.V. (Teil 1)

In Fortschreibung der am 9. Februar 2015 in Eberswalde formulierten und am 21. Mai des selben Jahres in Berlin den Mitgliedern des Bundestages übergebenen »Eberswalder Erklärung« (BBP 2/2016) beteiligen wir uns mit den folgenden Thesen an der weiteren Entscheidungsfindung und bieten unsere Mitarbeit an.

## 1. Nur eine leistungsfähige, kompetente und erfahrene bundesweite Verwaltung kann den Betrieb und die Unterhaltung sowie den Aus- und Neubau von Wasserstraßen langfristig gewährleisten

Unterschiedliche Zuständigkeiten, Befahrensregelungen und Schleusenzeiten behindern schon jetzt die touristisch-wirtschaftliche Entwicklung der Binnenwasserstraßen Deutschlands. Insbesondere auswärtige und ausländische Wassertouristen empfinden die unübersichtlichen Strukturen als hinderlich.

Know-how und Technik der WSV sind einzigartig in der Bundesrepublik und gewährleisten sichere Anlagen für einen reibungslosen Betrieb. Vergleichbare Verwaltungseinheiten gibt es zur Zeit weder auf Länder- noch auf kommunaler Ebene.

In unserer Unterstützung für die Pläne, den Finowkanal insgesamt oder auch nur den Betrieb seiner Schleusen einer regionalen Betriebsgesellschaft zu übertragen, sehen wir keinen Widerspruch. Die ununterbrochene Sicherung der Schifffahrt des Finowkanals hat für uns Priorität; die hier gewonnenen Erfahrungen werden einen wertvollen Beitrag bei der Entwicklung einer bundesweiten Organisationsstruktur oder Koordinierungsstelle für den Wassertourismus auf den Nebenwasserstraßen leisten.

## 2. Nur in Zusammenarbeit und durch Vernetzung mit leistungsfähigen Partnern kann das erweiterte Aufgabenspektrum eines multifunktionalen Verkehrsträgers zuverlässig abgedeckt werden (u.a. Natur- und Denkmalschutz, Tourismus Marketing). Der Zugang zu Drittmitteln darf nicht ausgeschlossen bleiben

Ohne die Einbindung möglichst vieler Interessengruppen (z.B. Wassersportler, Naturschützer, Angler, Radfahrer, Wanderer sowie affiner Dienstleister und Gewerbe) lässt sich ein gesellschaftlicher Konsens zugunsten des Erhalts unserer vorwiegend touristisch genutzten und/oder ökologisch wertvollen Binnenwasserstraßen nicht erreichen. Finanzielle Mittel stehen außerhalb des bisherigen WSV-Haushaltes durchaus zur Verfügung und sollten genutzt werden (z.B. EU-, Lotteriemittel).

## 3. Naturschutz und die Berücksichtigung ökologischer Belange stehen nicht im Widerspruch zu den Interessen der Sport- und Passagierschifffahrt

Die Zielsetzungen des Naturschutzes lassen sich mit denen der Sportbootfahrer und Bootscharterunternehmen vereinbaren. Nicht die Gegensätzlichkeiten, sondern die Gemeinsamkeiten in Haltung und Handeln sollten im Mittelpunkt künftiger Entwicklungen stehen.

In der Zusammenarbeit der Initiative Unser Finowkanal e.V. und dem Solarbootverein Berlin-



Foto: ANDREA MIROSS

Brandenburg e.V. zeigen wir beispielhaft im Rahmen der Nachhaltigkeits-Bildungsinitiative Solarbootregatta die heutigen Potentiale der solarelektrischen Mobilität auf dem Wasser auf. Solarelektrische Antriebe sind ausgereift und ermöglichen die autarke und immissionsfreie Fortbewegung auf dem Wasser.

## 4. Einbindung ehrenamtlicher Strukturen (Non-Profit-Sektor)

Dadurch können die knapper werdenden öffentlichen Mittel und Personalengpässe »entspannt« werden. Die Menschen vor Ort können sich besser mit ihren touristischen genutzten Wasserstraßen identifizieren.

Die Erfahrungen mit den in anderen Ländern bereits erfolgten Strukturreformen belegen die Bedeutung des Ehrenamts für die touristische und verkehrliche Entwicklung der jeweiligen Wasserstraßen. Der Einsatz Freiwilliger wirkt sich positiv auf die Gesundheit der Menschen aus; Freiwillige bringen ihre im Berufsleben erworbenen sozialen, organisatorischen und fremdsprachlichen Kompetenzen in die Arbeit an den Wasserstraßen ein und verhelfen den Wasserwegen zu größerer Akzeptanz unter den Einheimischen und Touristen. Sie eröffnen neue Perspektiven und Geschäftsfelder über die verkehrliche Nutzung hinaus.

## 5. Pragmatische Ziele

Diese sind notwendig, um die bisherigen Widersprüche in den Aufgabenstellungen und gesetzlichen Vorgaben zu einem umsetzungsfähigen Konzept zu entwickeln. Eine klare Vision der künftigen Funktionsweise und Organisation der touristisch genutzten Wasserstraßen Deutschlands ist Voraussetzung für deren langfristigen Fortbestand. Nicht die existierenden organisatorischen Strukturen sind der Maßstab für eine erfolgreiche Entwicklung, sondern die Zielsetzungen und Chancen, die sich aus einer

genauen Beobachtung der Entwicklungstendenzen ergeben.

## 6. Innovatives Denken zulassen und fördern, statt es durch unnötig bürokratische Strukturen zu blockieren

Nur so läßt sich ein breit gefächerter Gewinn für alle Stakeholder/Interessengruppen erzielen. Nicht nur am Finowkanal erleben wir regelmäßig den Verwaltungsaufwand, den allein die Genehmigungen neuer Anlagen und öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen bedingen. Natürlich müssen Sicherheitsbestimmungen und Regelwerke eingehalten werden. Doch können Verwaltungen und Akteure eine neue Form des Umgangs miteinander finden, die unternehmerischen und kulturellen Aktivitäten weniger im Weg steht als bisher. Ein »gesundes« Risikomanagement fördert Innovation.

## 7. Der Staat, aber auch unternehmerische und kommunale Verbände und Institutionen dürfen sich nicht aus ihren Aufgaben und Verantwortlichkeiten zurückziehen

Diese entwickeln abgestimmt und zielgerichtet bedarfsgerechte Projekte und wirken gemeinsam an deren Umsetzung. Allein die Auflistung von Forderungen an den Bund ist nicht zielführend. Vielmehr müssen sich die Interessengruppen an einen Tisch setzen, Vorhaben definieren, diese priorisieren und unter Einsatz der jeweiligen Fachkompetenz und finanziellen Möglichkeiten gemeinsam bestreiten.

Die Wassertourismuskonzepte der Länder (z.B. Wassersportentwicklungsplan Brandenburg) sind in konkrete Projekte zu übersetzen.

Initiative Unser Finowkanal e.V.  
c/o Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT  
(Vorsitzender)

## Das Vermieter-Kartell

Auf Einladung der Eberswalder Baudezernentin treffen sich seit 2012 die Vertreterinnen und Vertreter der großen Eberswalder Wohnungsunternehmen zu »regelmäßigen Abstimmungs- und Diskussionsrunden«. Dies ist einem aktuellen Flyer der Eberswalder Stadtverwaltung zu entnehmen. Die Baudezernentin erfand für diese Runden auch einen schönen Namen: »Das WohnFORUM Eberswalde« und versah das Ganze mit dem noch schöneren Untertitel »Gemeinsam für eine starke Stadt«.

Das WohnFORUM wurde von der Stadtverwaltung Eberswalde ins Leben gerufen, heißt es in dem Flyer. Am Tisch sitzen allerdings nicht die in Eberswalde Wohnenden, wie der gewählte Name impliziert, sondern folgende »Akteure«: Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Eberswalde e.V., BGAG Immobilien Ost GmbH, CHORONA Immobilien GmbH, Studentenwerk Frankfurt (Oder), TAG Wohnen & Service GmbH, WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH sowie die Wohnungsbau-genossenschaft Eberswalde-Finow eG (WBG). Mithin also die großen Vermieter-Gesellschaften in der Stadt Eberswalde.

Es gebe viele Fragen, die zu einer gemeinsamen Strategie führen sollten: »Wie können wir gemeinsam auf eine veränderte Nachfrage am Wohnungsmarkt reagieren? Wie gelingt es uns, mehr Menschen für den Wohn- und Lebensstandort Eberswalde zu begeistern? Welche Wohnungsangebote werden künftig stärker nachgefragt? Brauchen wir mehr barrierefreie Wohnangebote? Wie können wir dies zu bezahlbaren Mieten leisten?« Letztere Frage beinhaltet selbstverständlich die unausgesprochene Bedingung »...ohne daß dies unsere Gewinne schmälert«. Das ist ja eine betriebswirtschaftliche Notwendigkeit.

Weil dies die sensiblen Bereiche der Unternehmen berührt, werden »diese und viele weitere Fragen ... in vertrauensvollen Gesprächen und Diskussionen erörtert«. Dabei spiele »auch der Rückbau von Wohnungen« eine Rolle, denn der Wohnungsleerstand erfordere »hier ein gemeinsames Vorgehen«. So geht es beispielsweise um die Vermarktung des Wohnstandortes »aus einer Hand«. Dabei wird erkannt, daß die Wohnungsunternehmen »aber auch Konkurrenten« sind. »Dennoch haben sie erfahren, daß sie von der Kooperation untereinander und mit der Verwaltung profitieren.«

Der gemeinsam erarbeitete Mietspiegel ist ein beredetes Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit. Während in anderen Branchen Preisabsprachen zuweilen empfindliche Strafen der Kartellbehörden hervorrufen, erhalten selbige mit dem Mietspiegel eine Art gesetzlichen Charakter und können von den Kartell-Beteiligten sogar als gerichtliches Beweismittel verwendet werden.

Für weitergehende Informationen steht die Baudezernentin Anne Fellner gerne zur Verfügung, heißt es im Flyer (Tel. 03334/64526, eMail: a.fellner@eberswalde.de).

GERD MARKMANN

## Der Kampf geht auch 2017 weiter!

*Bürgerinitiative Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!*

**Es liegt ein Jahr hinter uns, in dem die Bürgerinitiative mit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.1.2016, in der der Planfeststellungsbeschuß für die 380kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen für »rechtswidrig und nicht vollziehbar« erklärt wurde, einen großen Erfolg errungen hat. Allerdings droht nun die Gefahr, daß es 50Hertz gelingen könnte, durch allerlei Winkelzüge uns den Sieg aus den Händen zu winden. Deshalb müssen wir auf der Hut sein.**

### 50 Hertz hat drei Optionen

1. 50Hertz kann ein Planergänzungsverfahren betreiben und versuchen, den Nachweis zu erbringen, daß die Vögel in den Schutzgebieten durch den Bau der Leitung nicht erheblich beeinträchtigt würden – das ist ihnen in vier Jahren nicht gelungen und wird ihnen auch dieses Mal nicht gelingen.

2. 50Hertz kann eine Abweichungsprüfung beantragen und den Nachweis liefern, daß es keine zumutbare Alternative zum Freileitungsbau durch diese Schutzgebiete gibt. Ein nicht minder schweres Unterfangen. 50Hertz hat nicht grundlos im bisherigen Verfahren darauf verzichtet, diesen Weg zu beschreiten.

3. Die dritte Option besteht für 50Hertz darin, auf die Kritiker und die Betroffenen des Projekts zuzugehen und eine Lösung zu suchen, die von allen getragen wird. Natürlich sind wir gesprächsbereit, achten aber streng darauf, daß die Interessen der von der Leitung Betroffenen berücksichtigt werden. Faule Kompromisse werden wir nicht eingehen.

### Zum Konfliktverlauf 2016

Im vergangenen Jahr gab es zwei Gespräche mit 50Hertz (31.5.2016 und 15.11.2016), in denen deutlich wurde, daß 50Hertz eine harte Haltung einnimmt und dabei von der Landesregierung gestützt wird, die sich nicht zu schade ist, auch mit gezielten Falschdarstellungen zu arbeiten. Der Appell unserer gemeinsamen Resolution mit Städten, Ämtern und besonders betroffenen Gemeinden und dem NABU Brandenburg (BBP 5/2016), die Landesregierung zu einer Korrektur ihrer gescheiterten Politik im Trassenkonflikt zu bewegen, wurde nicht aufgegriffen. Offenkundig haben die Stimmen der Unterzeichner, die Städte Eberswalde und Angermünde, die drei Ämter und die Gemeinden Landin und Chorin, in Potsdam kein Gewicht. Die Landesregierung war auch nach der Niederlage des Bergamts vor dem Bundesverwaltungsgericht nicht zu einer Kursänderung zu bewegen.

Die gemeinsame Resolution ist vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 21.1.2016 zu sehen. Damit versuchten wir, nach dem Erfolg im Rechtsstreit eine politische Lösung des Konflikts anzustreben und den Ministerpräsidenten zu bewegen, seiner Verantwortung gerecht zu werden. Zugleich sollte dokumentiert werden, daß der Trassenprotest auch weiterhin in der Region tief verankert ist. Es ist bezeichnend, daß die Landesregierung diese Tatsachen

ignoriert. Auch das positive Medienecho, das unser Kampf gefunden hat (rbb, MOZ, Berliner Kurier u.a.), wird schlicht nicht zur Kenntnis genommen. Man versuchte sogar, uns hinter Licht zu führen und ist auch nicht davor zurückgeschreckt, bei der Beantwortung der Kleinen Anfragen von zwei Abgeordneten zu diesem Thema dem Landtag Falschinformationen aufzutischen (BBP 10 u. 12/2016).

Wir haben das am Tag der Biosphäre in der Blumberger Mühle im September öffentlich gemacht und auch das Landtagspräsidium darüber informiert und (leider vergeblich) um Unterstützung gebeten.

### Terminplan für 2017

Beim zweiten Gespräch am 15.11.2016 hat 50Hertz erklärt, daß man im Januar/Februar 2017 die Studien für das Planergänzungsverfahren abschließen werde, so daß für Mai mit der Eröffnung zu rechnen sei. 50Hertz hat angeboten, unsere Experten in Gesprächen im Januar oder Februar 2017 über die Ergebnisse seiner Untersuchungen zu informieren und über zusätzliche Vogelschutzmaßnahmen außerhalb des Konfliktgebiets zu sprechen. Wir werden an den Gesprächen teilnehmen. Das Planergänzungsverfahren 2017 werden wir nutzen, um möglichst viele Einsprüche gegen die Planung zu mobilisieren und die Voraussetzungen für eine Fortführung des Rechtsstreits zu schaffen. Dazu werden die entsprechenden Gutachten auch mit Unterstützung durch die Kommunen in Auftrag gegeben und unsere bewährten Experten in Stellung gebracht.

Für den Herbst/Winter 2017 ist mit einem Planergänzungsbeschuß zu rechnen, gegen den wir Rechtsmittel einlegen werden, wenn Aussicht auf Erfolg besteht.

Es ist also davon auszugehen, daß der Konflikt um die 380kV-Freileitung sich 2017 intensivieren und noch bis ins Jahr 2018 und eventuell länger hinziehen wird.

Natürlich werden wieder erhebliche finanzielle Mittel benötigt, weshalb ich diesen Rundbrief mit einem Appell an die Spendenbereitschaft der Mitglieder und Unterstützter unseres Protests beende (Kontoverbindung: Wir in der Biosphäre e.V., IBAN: DE18 1509 1704 0060 6979 49, BIC: GENODEF1PZ1, Institut: VR Bank Uckermark, Spenden an den gemeinnützigen WiB e.V. sind steuerlich absetzbar!).

Angesichts unseres Erfolgs und der erfahrenen Solidarität in dem jahrelangen Konflikt blicken wir mit Zuversicht in das neue Jahr.

HARTMUT LINDNER, Sprecher der BI

## Keine Ehrfurcht vor dem Baum

Aus dem Kalender »Blumberger Kleinod« des Blumberger Kulturvereins von Canitz e.V für 2017:  
*Habt Ehrfurcht vor dem Baum, er ist ein einziges großes Wunder,  
 und euren Vorfahren war er heilig. Die Feindschaft gegen den Baum ist  
 ein Zeichen von Minderwertigkeit eines Volkes und von niederer Gesinnung des einzelnen.*

ALEXANDER FREIHERR VON HUMBOLDT

*Inanspruchnahme des Baumbestandes und nicht auf andere Weise entsprochen werden.*

Die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim (uNB) ist damit einverstanden, daß die Gemeinde Panketal eine Allee in der Goethestraße beseitigt. Die Goethestraße wurde als Sammelstraße »kategorisiert« (die sie gar nicht ist und nicht sein wird) und die Bäume gelten dort – so die uNB – nicht als Allee, weil angeblich notwendige »Kriterien« nicht erfüllt sind. Es liegt jedoch ein Gutachten vor, daß es sich durchaus um gesetzlich geschützte Alleebäume handelt. Zudem ist nachgewiesen, daß auch der Artenschutz nicht beachtet wurde.

Das alles ist für die uNB nicht erheblich. Sie ist der Auffassung: »Dem gemeindlichen Interesse an der Baumaßnahme kann nur unter teilweiser

Der Beschluß zur Beseitigung der geschützten Bäume wird von den GV-Fraktionen der SPD, der LINKEN und Bündnis Panketal mehrheitlich getragen. Die Panketaler können sich nun zwar beschweren, aber sie sind selbst schuld, denn sie haben diese Abgeordneten gewählt. Vielleicht haben sie ja nun gelernt und wählen das nächste Mal andere.

Der eingangs erwähnte Kalender – ich kann ihn nur wärmstens empfehlen – ist erhältlich über Blumberger Kulturverein, Bernhard Ziemer, Kleine Bahnhofstr. 10, 16356 Ahrensfelde OT Blumberg. JOHANNES MADEJA



Foto: GERD MÄRKWANN

**Eberswalde (bbp).** Im Jahre 2010 waren die Weiden am Weinberggraben, der hinter der Sparkasse ein kleines Stück offen liegt, mitten in der Vegetationszeit geköpft worden.

In den Folgejahren erlaubten es sich die Bäume, wieder auszuschlagen und kräftige Baumkronen zu entwickeln. Damit ist es nun vorbei. Die Sparkasse als Eigentümerin kam ihrer »Verkehrssicherungspflicht« nach und ließ die Bäume am Weinberggraben nunmehr kurzerhand vollständig entfernen.

## Versiegelungsbilanz im Stadtgebiet

**Eberswalde (bbp).** In der Stadt Eberswalde gibt es keine Übersicht zum Anteil versiegelter Flächen im Stadtgebiet. Darüber informierte Baudezernentin Anne Fellner in Beantwortung einer entsprechenden Anfrage der bündnisgrünen Stadtfraktion. Dies sei »aus diversen Gründen« nicht möglich, »z.B. weil in der Brandenburgischen Bauordnung genehmigungsfreie Vorhaben, wie z.B. Flächen von bis zu 50 m<sup>2</sup> für Carports oder Garagen, aufgeführt sind. Aufgrund dessen erlangt die Stadt Eberswalde hierüber keine Kenntnis.« Mit dem vorhandenen Personal könne eine solche Übersicht auch nicht erarbeitet werden. Aufgrund der fehlenden Übersicht seien auch keine Aussagen zur Versiegelungsbilanz der letzten Jahre möglich.

Über die aktuelle Situation bezüglich Ver- und Entsiegelung im Stadtgebiet werde in der Verwaltung intensiv nachgedacht, informierte die Dezernentin. Sie erinnerte »an das letzte Aufstellungsverfahren zum Flächenutzungsplan (FNP), bei dem die Flächenbilanzen kritisch betrachtet wurden. Im Vergleich zum vorherigen FNP sind 25 Hektar weniger Baufläche im zur Zeit geltenden FNP enthalten.« Damit sei ein deutliches Ziel der geringeren Flächenversiegelung realisiert worden. Weiterhin werde »auf Recyclingflächen gebaut, wie es z.B. beim jetzigen Westend-Center erfolgt ist.«

Und es werde konsequent an Entsiegelungsflächen gearbeitet. Als Beispiele nannte Anne Fellner das alte Kreishaus (ehem. Kranbau-Wohnheim) und das einstige »Haus der Kultur« (später als eine der ersten Errungenschaften von Nachwende-Bürgermeister Dr. Hans Mai zum »Neckermann«-Kaufhaus umfunktioniert). Demnächst soll mit Fördermitteln aus dem Stadt-Umland-Wettbewerb das Gebiet des abgerissenen Objekts »Märkische Heide« entsiegelt werden.

Die Bündnisgrünen hatten in ihrer Anfrage darauf hingewiesen, daß täglich in der Bundesrepublik ca. 69 ha als Siedlungs- und Verkehrsfläche neu ausgewiesen werden. »Das entspricht einem Flächenverbrauch von ca. 98 Fußballfeldern – pro Tag. Rund zwei Drittel dieser Flächen werden versiegelt. Auch in Eberswalde werden fortlaufend Flächen infolge von Baumaßnahmen versiegelt und damit der Boden seiner natürlichen Funktionen beraubt.

Der Boden ist jedoch eine endliche Ressource, mit der der Mensch sparsam umgehen muß, um seine Lebensgrundlagen zu erhalten. Die Bundesregierung hat sich daher in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel gesetzt, den täglichen Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 ha zu begrenzen. Die Europäische Kommission strebt gar das Flächenverbrauchsziel Netto-Null an.«

## Zukunftsinvestition

Bahnstrecke in »beschleunigter Planung«

Die beschleunigte Planung für die Ausbaustrecke Berlin-Szczecin ist ein klares Bekenntnis des Bundes für die enorme Bedeutung der Strecke. Dafür haben wir uns lange eingesetzt. Eine gute Nachricht für unsere Region. Bund und Bahn haben eine Vereinbarung unterzeichnet, mit der nun die Entwurfs- und Genehmigungsplanungen finanziert werden.

Nachdem die Strecke im Bundesverkehrswegeplan zunächst keine direkte Relevanz erfahren hat, wurde sie dann doch in den Vordringlichen Bedarf eingestuft. Alles andere hätte ich mir auch nicht erklären können. Die Anbindung von Szczecin zum neuen Hauptstadtflughafen ist enorm wichtig. Und auch für unsere Region erhoffe ich mir wichtige Impulse durch diese wichtige verkehrliche Verbesserung. Mit den 138 Millionen Euro hat die Deutsche Bahn nun ausreichend Mittel zur Verfügung, um die Projekte auf die Schiene zu bekommen. Das Ziel muß sein, schnellstmöglich Baureife herzustellen.

STEFAN ZIERKE, Mitglied im Verkehrsausschuß des Bundestages und Koordinator für den Bundesverkehrswegeplan in Ostdeutschland

## Nahversorgung

**Lichterfelde (bbp).** Ursprünglich sollte der Lebensmittelmarkt in Lichterfelde zum Jahresende seine Pforten schließen. Mit dem Markt wäre auch die Lichterfelder Postfiliale verschwunden. Die Bewohner hätten lange Wege zur Post nach Finowfurt oder Eberswalde auf sich nehmen müssen. Inzwischen fand sich mit dem Lichterfelder Kaufmann RONNY RICHTER ein Nachfolger, der den Lebensmittelmarkt übernimmt und die Postfiliale weiterführt.

In einer Ende Dezember verbreiteten Pressemitteilung werten das STEFAN ZIERKE und DANIEL KURTH, die hiesigen Bundestags- bzw. Landtagsabgeordneten der SPD, als Erfolg ihrer Bemühungen. So habe Zierke nach Bekanntwerden der Schließungspläne sich in Gesprächen mit der Deutschen Post AG für den Erhalt der Filiale im Ort stark gemacht.

»Das ist eine gute Nachricht und ein positives Signal für Lichterfelde«, sagt Stefan Zierke. Ende 2015 war bereits der Geldautomat der Sparkasse im Ort geschlossen worden. »Der Abbau der Infrastruktur darf aber so nicht weitergehen. Die gefundene Nachfolgeregelung für den Lebensmittelladen sowie die neue Vertragspartnerschaft mit der Deutschen Post erfreut mich daher sehr.« Von der Aufrechterhaltung der Infrastruktur im ländlichen Raum profitierten alle Lichterfelder. Auch Daniel Kurth hebt den Wert solcher kleiner Einrichtungen für den ländlichen Raum hervor. »Es steht und fällt mit den Menschen vor Ort. Zeigen sie Engagement und leben ihre regionale Verbundenheit, funktionieren kleine Gemeinden und Dörfer völlig unabhängig von vertraglich geregelter Eingeschränktheit großer Konzerne.«

Auf ähnliche Beobachtungen machte der US-amerikanische Sozialpsychologe STANLEY MILGRAM (1933 - 1984) aufmerksam. Er fragte, wie lang eine Kette von gemeinsamen Bekannten sein muß, um zwei zufällig ausgewählte Personen zu verbinden.

Bezogen auf das Beispiel mit der Studentin entsteht eine Kette der Länge 2 (*ich – der Mathematikprofessor – die Studentin*) oder der Länge 3 (*ich – mein Verwandter – der Chef meines Verwandten – dessen Tochter, die Studentin*). Nun lehrt angeblich die Erfahrung, daß die Ketten nicht größer als sechs sind. Das wollte Stanley Milgram überprüfen.

Er wählte 96 Personen in der Stadt Omaha im US-Bundesstaat Nebraska zufällig aus. Diesen Personen übergab er einen Brief mit der Anschrift eines Bostoner Börsenmaklers. Es wurden dann folgende Regeln vereinbart: Sollte die ausgewählte Person den Börsenmakler zufällig kennen, dann soll der Brief direkt dorthin abgesendet werden. Falls das nicht der Fall sein sollte, dann wird der Brief an einen Bekannten verschickt werden, der den Börsenmakler kennen könnte. Dieser hat dann genau so zu verfahren wie mit Milgram vereinbart und Milgram ist über den Versand zu informieren. Im Ergebnis dieses Experiments erreichten 18 der 96 Briefe den Börsenmakler in Boston. Keine der Ketten war größer als 11, und am häufigsten ist die Länge 8 aufgetreten.

Hier ist eine Anmerkung notwendig. Milgram ist nicht wegen dieses Versuches berühmt geworden, sondern wegen des Milgram-Experiments, das in einem nächsten Beitrag dargestellt werden wird.

Was ist nun so bemerkenswert an dem Experiment mit den versendeten Briefen? Es schaut auf den ersten Blick so aus, als wenn der Börsenmakler in Boston relativ kurze Bekanntschaftsketten zu einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung in Omaha hat. Das waren im Experiment 18,75 %. Nun kann man vielleicht schlußfolgern, daß der Börsenmakler in Boston mindestens 15 % kurze Bekanntschaftsketten auch zu Personen in anderen Städten und damit zur gesamten Bevölkerung der USA aufweisen kann. 15 % der Bevölkerung der USA entsprachen im Jahr 1967 ca. 30 Millionen Einwohnern. Ich denke, niemand hat einen so großen Bekanntenkreis! Aber wir sollten beachten, es handelt sich hierbei um eine »Ketteneigenschaft«.

Anzeige

### Peter Strecker

geb. 15.12.1957  
gest. 05.12.2016  
wurde plötzlich aus dem Leben gerissen. Er war ein Friedenskämpfer. Wir trauern um ihn.



RotFuchs-Lesergruppe  
Eberswalde

# Die Welt ist ein Dorf

Modellierung von sozialen Netzwerken

von Dr. Ulrich Pofahl

**Vielleicht hat der Leser dieses Artikels schon einmal ähnliche Erfahrungen gemacht wie ich. Ein Rostocker Mathematikprofessor schickte mir eine Studentin zum Industriepraktikum. Sie kam aus einer sächsischen Kreisstadt. In die gleiche Kreisstadt ist ein Verwandter von mir infolge Eheschließung verzogen. Somit konnte ich drei Personen aus dieser sächsischen Kreisstadt. Als ich die Tatsache, daß mir eine Praktikantin aus der gleichen Stadt zugeteilt wurde, meinem Verwandten mitteilte, sagte er mir, er wüßte das schon, weil die Studentin die Tochter seines Chefs ist. Irgendwie denkt man bei solchen Erlebnissen, die Welt ist ein Dorf.**

Nehmen wir einmal an, jeder Leser hat 1000 Bekannte. Diese Zahl ist, wenn wir genauer und intensiv darüber nachdenken, realistisch. Wenn nun jeder Bekannte wieder 1000 Bekannte hat, so haben wir bereits 1 Million Bekannte von Bekannten. Im nächsten Schritt hätten wir dann sogar eine Milliarde Bekannte von Bekannten der Bekannten. Dieses ist aber eine obere Schranke, weil wir nicht berücksichtigt haben, daß Personen untereinander bekannt sind, und weil viele gemeinsame Bekannte haben. Weiterhin war Milgrams Experiment eingeschränkt, weil jeder Briefschreiber von den 96 nur einen Brief an einen Bekannten schreiben durfte, mit der Chance, den Börsenmakler in Boston so schnell wie möglich zu erreichen. Hätten sie mehrere Briefe schreiben dürfen, so wären die Ketten kürzer geworden. Dieses ursprüngliche Experiment von Milgram wurde in mehreren Varianten mehrfach in verschiedenen Ländern wiederholt. Es blieben aber reine statistische Experimente.

Anwendungen dieser Statistikexperimente gab es während der 60er Jahre im vergangenen Jahrhundert. So wurde in einem Dorf im Schwarzwald die Nachricht ausgesendet, daß, wenn abends bei der Fernsehuh im ARD Fernsehen an einer bestimmten Stelle ein Punkt erscheint, die ARD zu dieser markierten Uhrzeit eine Stripteaseshow senden würde. Damals gab es noch keine Digitaluhren und die Fernsehuh wurde vor der 20-Uhr-Tagesschau eingeblendet. Die in der DDR tätigen Westagenten sollten dann melden, bei welchen Einwohnern nachts Licht brannte, oder der Fernseher lief. Dadurch wollte man ermitteln, wie lange es dauert, bis sich eine Nachricht zu einem Ort in der DDR verbreitete. Erst nach ca. 30 Jahren, so um 1998, widmeten sich Mathe-

matiker der Problematik dieser Ketten. Sicherlich beeinflussten Fragestellungen aus der Praxis die Forschungen zu diesem Thema. Man denke dabei an die Ausbreitung hoch ansteckender Krankheiten wie AIDS, SARS oder Ebola, aber auch für Marketing- und PR-Abteilungen von Unternehmen rückten solche Fragen in den Vordergrund.

Um die Ergebnisse etwas vorweg zu nehmen, es gab Fortschritte in der Erforschung und bei praktischen Lösungen, aber keine mathematisch abgesicherten Erkenntnisse. Bisher waren die Resultate von einem Wissenschaftler namens Kleinberg erfolgversprechend. Auch seine Modellierung konnte die Beobachtungen beschreiben, aber nicht erklären, obwohl anspruchsvolle mathematische Modelle gewählt wurden.

Im Zeitalter der online-Nutzung haben nun andere Experimentatoren neue Studien vorgelegt. So auch JURE LESKOVEC von der *Carnegie Mellon University* und ERIC HORVITZ von *Microsoft Research*. Sie analysierten im Juni 2006 240 Millionen Internetaccounts. Das entsprach 30 Milliarden Einzelverbindungen. Es wurde in dieser Studie festgestellt, daß im Mittel die Kette, die zwei Personen verbindet, 6,6 beträgt.

Zusammengefaßt kann man einschätzen, es gibt bis heute keine zufriedenstellenden Antworten auf die oben aufgeführten Fragen. Die Erforschung mathematischer Modelle in sozialen Netzwerken hat erst im letzten Jahrzehnt begonnen, und beschränkt sich immer noch auf Experimente.

Es wird spannend sein, auf weitere Ergebnisse zu warten. Gegenwärtig werden diese Forschungen an der *Chalmers University of Technology* in Göteborg Schweden durchgeführt.

## Die Hymne im Radiowecker

Ich liege im Bett. Auf der Komode spielt der Radiowecker um 24 Uhr zum Tagesabschluß die deutsche Hymne.

Ich höre keinen Text und trotzdem ist das »Deutschland über alles« gleich in meinem Kopf. In meiner Schulzeit ging das hundertemale durch meine Ohren. Der Text zeugte von einer maßlosen Überheblichkeit, was zur Kriegsvorbereitung paßte.

Das Wort Völkerfreundschaft habe ich übrigens in den 30 Lebensjahren, die ich in der

»Weimarer Republik«, im »Dritten Reich« und nach 1945 in den Westzonen und dann in der BRD verbrachte, nie gehört oder gelesen.

Meine zweite Heimat, die DDR, die mich mit meinen beiden Kindern 1954 aufnahm, hatte eine Hymne, die zu uns paßte. Dort war die »Kleine weiße Friedenstaube« zu Hause!

Warum haben wir bei der »Vereinnahmung« nicht unsere Hymne behalten? Umtauschen ginge ja vielleicht auch noch...

DIE ROTE OMA

## Gedanken zur Rentendiskussion

Es gehört leider schon zu den üblen Traditionen, daß von den regierungsverantwortlichen Parteien vor der Bundestagswahl Versprechungen abgegeben werden, die später nicht eingehalten oder durch Mogelpackungen als »erfüllt« dargestellt werden. Die Rente bildet dabei leider keine Ausnahme. Das betrifft sowohl die wiederholt versprochene Rentenangleichung in den neuen Bundesländern als auch das Rentensystem als Ganzes, wo inzwischen für große Teile der künftigen Rentner Altersarmut droht.

Auch gegenwärtig wird von Vertretern der Bundesregierung vor den Wahlen der Eindruck erweckt, daß die Rente im Mittelpunkt ihrer Arbeit steht. Wenn man aber die bisher sehr unterschiedlichen Vorstellungen von CDU, CSU und SPD zusammenfassend bewertet, kommt man leider zu der Feststellung, daß weder die grundlegenden Fragen der zukünftigen Rente und die damit verbundene Altersarmut noch die Angleichung der Ostrenten wirklich gelöst werden. Die vorgesehenen Maßnahmen sind vielmehr durch Halbherzigkeit und Schönheitskorrekturen am bestehenden System aus der Sicht der bevorstehenden Wahlen gekennzeichnet.

Was die Angleichung der Ostrenten angeht, so wiederholt sich 26 Jahre nach der Einheit, daß die Lösung zeitlich erneut auf das Abstellgleis geschoben werden soll. Wenn dafür als Begründung fehlende Finanzmittel oder komplizierte Anpassung im Rentensystem genannt werden, so ist das nur ein fadenscheiniger Vorwand für einen nicht vorhandenen politischen Willen. Nach soliden Berechnungen würde die Anpassung der Ostrenten ohne Rücknahme der bisher gewährten Zuschläge bei der Berechnung der Osteinkommen jährlich etwa 3 bis 4 Milliarden kosten. Vergleichsweise dazu betrug allein der Mehraufwand für den Berliner Flughafen eine Summe, die für zwei Jahre Rentenangleichung ausgereicht hätte. Ganz zu schweigen von den dreistelligen Milliardenbeträgen zur Rettung der Großbanken oder den jährlich zweistelligen Steuermehreinnahmen.

Auch bei der Lösung anstehender grundsätzlicher Probleme des Rentensystems ist bei den bisherigen Vorschlägen der großen Koalition kein Ansatz zu erkennen. Warum ausgerechnet eine SPD-Ministerin Nahles die Aufhebung oder zumindest drastische Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung ablehnt, ist für mich unverständlich. Sie

begünstigt damit einseitig Besserverdienende und Arbeitgeber und verhindert gleichzeitig, daß Mehreinnahmen innerhalb des Rentensystems zugunsten niedrigerer Renten umverteilt werden. Auch die bisherigen Vorschläge der CDU sehen neben Verbesserung der Mütterrente eine weitere Verlängerung des Eintrittsalters in die Rente vor, was einer Rentenkürzung gleichkommt.

Perspektivisch könnte eine Bürgerversicherung, in die ausnahmslos alle ohne eine Beitragsbemessungsgrenze einzahlen, Möglichkeiten schaffen, nicht nur die Rentenanpassung zu finanzieren, sondern auch eine Umverteilung zugunsten niedrigerer Renten zu erreichen, um der Altersarmut entgegenzuwirken. Das unsoziale Äquivalenzprinzip bei der Höhe der Beiträge sollte reformiert werden.

Bei der Berechnung künftiger Renten wird oft verschwiegen, daß die geringere Zahl von Arbeitenden im Vergleich zu mehr Rentnern durch eine höhere Arbeitsproduktivität ausgeglichen wird. Wenn dafür den Arbeitnehmern analog höhere Löhne gezahlt werden, so erhöht sich zugleich über den Beitrag die Stabilität des staatlichen Rentensystems als Hauptsäule der Rente. Das schließt nicht aus, daß dies von Betriebsrenten und einer privaten Rentenversicherung flankiert wird.

Dr. HELMUT KOCH

## Obdachlosen etwas vorgegaukelt

**Bei einem Berlinaufenthalt am zweiten Weihnachtsfeiertag habe ich auch wieder die von Obdachlosen gemachte Zeitung »Straßenfeger« gekauft, diesmal die Weihnachtsausgabe. Darin ein Brief des Bundespräsidenten Gauck an die Leserinnen und Leser. Was ich da lese, macht mich zornig. Wie ist es möglich, daß ein solcher Mann an der Spitze des Staates steht?**

Gauck schreibt: »Ich freue mich, daß Sie einen Blick in diese Zeitung werfen. Ich freue mich, weil es ein Blick ist, der manches wahrnimmt, was in der Hektik unseres Alltags oft keine Beachtung findet. Sie haben den Menschen gesehen, der Ihnen diese Zeitung angeboten hat. Sie haben sich entschieden, sie zu kaufen und sie zu lesen. Über diese Aufmerksamkeit freue nicht nur ich mich, sondern die Vielen, die sich für Straßenzeitungen in Deutschland engagieren. Ihr Interesse ist eines, das mehr bezeugt als Mitleid und das mehr bedeutet als eine Spende.«

Da frage ich mich, ob der Bundespräsident auch schon einmal einen Blick darauf geworfen hat und welche Beachtung das Gesehene bei ihm persönlich gefunden hat?

»Straßenzeitungen erzählen Geschichten, die das Leben schreibt, auch solche von menschlicher Not, von Armut und Obdachlosigkeit, von Verzweiflung und Hilfsbedürftigkeit...«, meint Herr Gauck. Ist es das Leben, das diese Geschichten schreibt, oder nicht vielmehr die Gesellschaft, in der wir leben? Gauck fährt fort: »...aber eben in der Regel nicht von Ausweglosigkeit. Denn die Redakteure und Sozialarbeiter, die ehrenamtlich Engagierten und nicht zuletzt die Verkäufer, die am Entstehen und am Erfolg dieser Zeitungen mitwirken, gestalten diese Geschichte selbst aktiv mit.«

Also meint Herr Gauck, daß es einen Ausweg aus menschlicher Not, von Armut und Obdachlosigkeit, von Verzweiflung und Hilfsbedürftigkeit gibt? Hilfe zur Selbsthilfe durch Herausgabe einer Zeitung der Obdachlosen? »Diese Menschen zeigen uns, wie Hilfe zur Selbsthilfe funktioniert und wie wir alle daran mitwirken können«, meint des Bundespräsident.

»Sie weiten unseren Blick, und lenken ihn auf diejenigen, die unsere Unterstützung, unsere Solidarität brauchen: auf Menschen, die eine Lebenskrise aus der Bahn geworfen hat oder andere, die ihre Heimat verlassen mußten, weil Not und Krieg sie vertrieben hat«, so der Bundespräsident weiter. Den Blick auf die Betroffenen lenken? Ist es eine Lebenskrise, die sie aus der Bahn geworfen hat? Warum lenkt Herr Gauck den Blick nicht auf die tatsächlichen Ursachen für Not und Krieg und für die »Lebenskrisen«?

Weiß es der Bundespräsident nicht besser, oder deckt er bewußt den Mantel des Schweigens über die wirklichen Ursachen?

Notwendig ist die Überwindung der gegenwärtigen Ausbeutergesellschaft, für die Not, Elend und Krieg Existenzbedingungen sind. Dies liegt gewiß nicht in der Zuständigkeit eines Bundespräsidenten, aber mehr als einen Blick auf die Betroffenen sollte er übrig haben

und seine Macht als erster Mann im Staate nutzen, die Lage der Betroffenen zu verbessern. Darüber sagt Herr Gauck kein Wort.

Der Bundespräsident weiß: »Der Winter ist eine harte, kalte Zeit für Menschen, die mitten unter uns ohne eine feste Unterkunft leben. Vielen Trägervereinen von Straßenzeitungen sind Nachtasyle als Anlaufstellen angeschlossen, die diese Not ein wenig lindern. Mit dem Kauf dieser Zeitung unterstützen Sie auch diese Einrichtungen. Er ist quasi ein Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben in unserem Land.«

Weiter reicht es nicht bei Herrn Gauck: Kauft die Straßenzeitungen für ein solidarisches Zusammenleben. Ob er selbst, ganz persönlich, auch eine Straßenzeitung gekauft und seinen Blick geweitet hat? Vielleicht will er deshalb nicht noch einmal gewählt werden?

ALBRECHT TRILLER

Anzeige

**Nein zum Säbelrasseln  
Truppenverlegung  
stoppen!**

**Antikriegsdemonstration am  
7. Januar, 12 Uhr**

Bürgermeister-Smidt-Str. 45, Bremerhaven  
**Anfang Januar ist die Verlegung einer kompletten US-Panzerbrigade mit 4.000 Soldaten und über 2.000 Fahrzeugen aus den USA nach Polen geplant. Nach der Anlandung im Überseehafen Bremerhaven soll das US-Militär per Bahn nach Polen weitertransportiert werden.**

Gemäß Energie- und Klimaschutzkonzept 2014 beträgt der Anteil der Fahrradfahrten 11,5% am modal split. Was also den tatsächlichen Bedarf abbildet. Gleichwohl ist mehr Radverkehr gut. Nicht aber um den Preis der Zerschlagung von Infrastruktur. Der Platz für sichere, vom Fuß- und Kraftverkehr getrennte Radwege ist zwischen Eisenbahnbrücke und Boldtstraße vorhanden oder kann mit geringem Aufwand geschaffen werden, ohne die Zahl der Fahrspuren zu reduzieren oder zu verengen.

Eine funktionierende Infrastruktur ist Grundlage jeder Wirtschaft. Ich erinnere an das große Gejammere der politisch Verantwortlichen zur Schließung des Bahn-Ausbesserungswerkes. Zur schnellen und kostengünstigen Ersatzteilbeschaffung ist eine leistungsfähige Autobahn-Anbindung zwingend nötig. Doch schon in Finowfurt wird man jahrzehntelang durch Tempo 30 ausgebremst, schleicht und staut sich durch Finow und muß nun zudem längere Stauzeiten durch diesen neuen »tollen« Radstreifen zwischen Boldtstraße und Schöpfurter Straße in Kauf nehmen. Längere Anfahrzeiten erhöhen die Transportkosten und verschlechtern die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen.

Auch die Umwelt leidet. Autos und Lieferfahrzeuge, die länger im Stau stehen und dadurch erheblich mehr Anfahrvorgänge verursachen, belasten die Umwelt deutlich stärker als zuvor.

**Umweltfreundlich sind vor allem ausreichend und anständig bezahlte Arbeitsplätze in Wohnortnähe.** Wer mangels beruflicher Perspektiven weit pendeln muß, belastet die Umwelt deutlich mehr als eine politisch angeordnete Erhöhung des Anteils der Fahrradfahrer um 5% an Vorteilen bringt. Und was, wenn der Bürger sich nicht mehr bevormunden läßt? Hier gibt es ein breites Handlungsfeld für alle, denen Umwelt und Stadt ernsthaft am Herzen liegen.

Mit großer Verwunderung habe ich den Vorschlag gelesen, die überbreite Fahrbahn östlich der Eisenbahnbrücke für eine Fortführung der Markierung eines Radweges auf der Straße zu nutzen. Dort gibt es beiderseits der Straße bereits nahezu perfekte Luxus-Radwege. Ein besonderes Gefährdungspotenzial konnte ich bisher nicht feststellen.

Kann die Verfasserin diese Behauptung durch offizielle Unfallstatistiken belegen? Das Risikopotenzial für Fahrradfahrer ist deutlich größer, wenn unachtsame Autofahrer den sogenannten »Schutzstreifen« tangieren als wenn unaufmerksame Fußgänger den Radweg betreten ohne sich umzusehen. Daher frage ich mich, ob die Verfasserin lange Jahre nicht vor Ort war. Im Übrigen ist die Überwachung der Einhaltung von Verkehrsregeln die Aufgabe der Polizei und nicht der Stadtpolitik.

Vor wenigen Jahren erst wurde die Eisenbahnbrücke aufwändig und zweispurig in jeder Richtung erneuert und mit komfortablen Fahrradwegen versehen um einen flüssigeren Verkehr und sicheren Radverkehr, vom Autover-

## Das ist schwer zu unterbieten

Zum Beitrag »Radstreifen – Na endlich!« von Karen Oehler (in BBP 12/2016)

**Die Liste von Bausünden an der Eberswalder Verkehrsinfrastruktur ist lang. Jetzt ist ein weiterer Punkt dazugekommen. Wie den Meinungen in als repräsentativ anzunehmenden Diskussionsplattformen sozialer Netzwerke als auch zahlreichen persönlichen Gesprächen zu entnehmen ist, lehnt die übergroße Mehrheit der Eberswalder die Rückentwicklung der wichtigsten und einzigen durchgängigen Ost-West-Verkehrsader der Stadt ab. Damit stellt sich die Frage nach der politischen Legitimation.**



Foto: JUREN GRANZOW

kehr getrennt, zu ermöglichen. Daß die Umsetzung eberswalde-typisch die schlechteste aller Lösungen darstellt, wundert nicht.

So sollte der citynahe Durchgangsverkehr über die Bergerstraße geleitet werden. Dann hätte die Brücke auch in einem weiten Bogen in der Hauptachse dorthin führen müssen, um eine Verkehrsbeschleunigung zu erreichen.

**Die aktuelle Lösung ist an Weisheit schwer zu unterbieten.** Jetzt wurden auch auf der Westseite Einspurigkeit und lange Staus geschaffen. Müßte dann der »Radstreifen« nicht als pure Verschwendung von Steuer-Millionen gewertet werden, da die Brücke ihres eigentlichen Zwecks beraubt wird? Ich gewinne mehr und mehr den Eindruck, daß nicht nur am 11.11. eines jeden Jahres die Narren regieren.

Daß der Landesbetrieb Straßenwesen großes Interesse an solchen »Lösungen« hat, liegt auf der Hand: bedeutet es doch weniger Ausgaben für die Instandhaltung der Straßen. Logischer Schluß: Wir brauchen eine Fahrradsteuer, um Bau und Unterhaltung von Radwegen durch die Nutzer zu finanzieren.

Die angeblich »sehr gefährliche« Situation für Radfahrer zwischen Eisenspalterei und Kopernikusring ist ebenfalls nicht nachvollziehbar. Hier gibt es bereits durchgängige Radstreifen oder -wege. Sogar beiderseits der Straße. Allerdings ist hier nur sehr selten ein Radfahrer zu sehen. Einzige Gefährdung ist die unzureichende Straßenbeleuchtung auf der Nordseite. Vor dem »Orangen Block« gibt es einen kurzen gemeinsamen und fast unbenutzten Fuß- und Radweg. Auf Basis welcher repräsentativer Untersuchungen kann die Verfasserin des Beitrags den Bedarf eines zusätzlichen Weges begründen? Oder kommen ohne entsprechende Faktenbasis alte »Alle anderen müssen mit dem Fahrrad fahren«-Theorien zum Vorschein, die alle anderen Verkehrsarten verdammen?

Ein weiteres Verkehrs- und Umweltübel ist mit dem Radstreifen entstanden: eine rein

kommerziellen Gründen geschuldete Ampel am »Westend-Center«. Zusätzliche Kaufkraft entsteht nicht durch die Verlagerung von Einkaufsmöglichkeiten von einem Ende Westends an das andere. Nur durch investitionsfreundliche (Verkehrs-)Politik.

**Eine weit verbreitete Unsitte in Eberswalde ist es auch, den umweltfreundlichen öffentlichen Nahverkehr zu behindern.** Das Erreichen der Haltestelle durch den Obus wird durch den neuen Radstreifen behindert.

Erstens durch den längeren Ampelstau und zweitens durch die (üblicherweise langsame) Radfahrer auf der Fahrbahn.

Um die Attraktivität des Obusses zu steigern, sollte der öffentliche Nahverkehr durch geeignete Maßnahmen beschleunigt werden. Grundsätzlich sind alle Straßen mit Linienverkehr für mindestens 50km/h zu ertüchtigen. Der weitere Rückbau von Straßen und die Verengung von Fahrspuren und Kurven muß rückgängig gemacht werden.

Wo es möglich ist, können die Ampelphasen intelligent durch ein zentrales Rechnersystem für den Linienverkehr gesteuert werden. Das setzt sinnvollen Straßenbau voraus. Bevölkerungsreiche Wohngebiete wie Finow-Ost und das Leibnizviertel müssen direkt vom Obus durchfahren werden können.

Hier kann es nur eine Lösung geben: die Stadt Eberswalde als Haupt-Nutznießer muß endlich direkt an den Kosten des ÖPNV beteiligt sein. Nur so merken es die Verantwortlichen, welche Auswirkungen alle bisher vorgenommenen und leider auch noch geplanten Maßnahmen auf eine Behinderung der Obusse haben.

Liebe Frau Oehler, liebe Abgeordnete: Machen Sie Politik zum Wohle der Stadt! Nur so kann der weitere Niedergang gestoppt werden, dessen Ursachen überwiegend innerhalb der Eberswalder Stadtgrenzen zu finden sind.

RONALD KRÜGER

# Bürgerpost-Autoren 2016

Für die inhaltliche Vielfalt in unserer unabhängigen Leserzeitung sorgten in den zwölf Ausgaben des Jahres 2016 insgesamt 137 Autorinnen und Autoren. Der bisherige Rekord des Jahres 2006 – in jenem Jahr mit Bürgermeisterab- und -neuwahl waren es 124 – wurde damit deutlich übertroffen (2015: 105, 2014: 120, 2013: 113, 2012: 116, 2011: 97). Wir danken allen von Herzen:

*Helmuth Adams, Claudia Adler, Gisbert Amm, Tobias Arbinger, Nadine Auras, Rudolf Behm, Mario Behnke, Kurt Berus, Franziska und Marko Blankenburg, Karl-Heinz Blättermann, Friedhelm Boginski, Stefan Böhmer, Zdenka Born, Marieta Böttger, Helmut Braunschweig, Veronika Brodmann, Joachim Brückner, Karl Diedrich, Dowan, Jan Drewitz, Thomas Dyhr, Martin Ehlers, Rica Eller, Dr. Dagmar Enkelmann, Stephan Fischer, Ronny Fölsner, Daniel Fuchs, Ulrike Fuß, Dieter Gadischke, Ulrike Gatz, Uli Gellermann, Lothar Gierke, Prof. Dr. Hartmut Ginnow-Merkert, Norbert Glaske, Lorenz Glatz, Beate Gollnast, Florian Görner, Jürgen Gramzow, Marie Luise von Halem, Heike Haseloff, Marwan Hassan, Waldemar Hickel, Ruth-Maria Hilbrig, Andrea Hoehne, Alexander Horn, Kai Jahns, Viktor Jede, Torsten Jeran, Marlies Jung-Hagenow, Galina Kapustina (u.a.), Dieter Kempfert, Thorsten Kleinteich, Dr. Helmut Koch, Sebastian Koeppen, Dr. Dieter Korczak, Tino Kotte, Tom Kräft, Dr. Ronald Krüger, Karl-Dietrich Laffin, Wilhelm Lange, Eckhard Laurich, Hartmut Lindner, Manfred Loos, Reimar Loose, Hardy Lux, Margitta Mächtig, Johannes Madeja, Kerstin Maier, Moritz Marc, Heinz-Herwig Mascher, Lucia-Maria Masini, Klaus Meinel, Elisabeth Monsig, Constantin Muhs, Bernd Müller, Manuel Müller, Karen Oehler, Dietmar Ortel, Lutz Paproth, Attila Pasztor, Dr. Steffen Peltsch, Prof. Dr. Jürgen Peters, Dr. Manfred Pfaff, Alexander Pfaff, Dr. Ilona Pischel, Dr. Ulrich Pofahl, Bernd Pomraenke, Sylvia Pырlik, Eva Maria Rebs, Michael Reckzeh, Christian Rehmer, Liane Reinecke, Erika Ritter, Elke Rosch, Franz Schandl, Dr. Stefan Schanzenbächer, Anna Yeliz Schentke, Sebastian Schmidt, Stefan Schmiedel, Annabelle Schmitz, Heiko Schult, Dr. Bernd F. Schulte, Stefanie Schulze, Bernd C. Schumann, Harro Semmler, Pierre Sens, Dr. Christel Simon, Thomas Sohn, Heide Sommerfeld, Britta Steels, Dr. Andreas Steiner, Klaus Steinhäuser, Peter Strecker, Thomas Strese, Frank Tetschen, Inka Thuneecke, Kirsten Mathilde und Andreas Timm, Albrecht Triller, Dr. Wolfgang Unger, Péter Vida, Axel Vogel, Dr. Waltraud Voigt, Klaus Weber, Wolfgang Weigt, Katharina Weinberg, Sven Weller, Dr. Magdalene Westendorff, Alexandra Wolf, Mirko Wolfgramm, Thomas Wößeng, Ringo Wrase, Fabian Wulf, Silvia Zacharias, Margot Ziemann und Carsten Zinn.*

Einschließlich redaktioneller Artikel und Notizen erschienen im vergangenen Jahr insgesamt 568 Textbeiträge in unserer Zeitung. Dank gilt der immer zuverlässigen und schnellen DRUCKEREI GRILL & FRANK und natürlich unseren fleißigen Verteilern, die dafür sorgen, daß Sie unsere Zeitung in Ihrem Briefkasten finden. Im freien Verkauf gibt es die »Barnimer Bürgerpost« außerdem in der BUCHHANDLUNG MAHLER (Eisenbahnstr. 7), beim GLOBUS NATURKOST (Michaelisstr. 10) und im REGIONAL-LADEN »KRUMME GURKE« (Ruhlaer Str. 1).

Von der jüngsten »Marktbereinigung« im Postdienstsektor waren auch wir betroffen. Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der »MÄRKISCHEN POST«, die in den vergangenen zweieinhalb Jahren im Postleitzahlbereich 16 beim Verteilen halfen, meist für einen geringen Lohn – was allerdings das Aus im Konkurrenzkampf nicht verhinderte. Einen Teil des Vertriebs hat nun wieder die DEUTSCHE POST übernommen. Andere halbwegs seriöse Briefpostdienste stehen in unserer Region nicht zur Verfügung.

Nicht zuletzt deshalb haben wir nun die Verteilung wieder verstärkt selbst in die Hand genommen. Es gab einige Umstellungsprobleme, für die wir um Nachsicht bitten. Inzwischen sollten sich die neuen Vertriebsstrukturen eingespield haben. Falls es irgendwo klemmt, bitten wir um Information an die Redaktion. Weitere Helfer sind gern gesehen, auch für Bereiche außerhalb der »Ballungsgebiete« und für die generelle Organisation.

Auch wenn äußere Umstände den Anstoß gaben, fanden wir mit der Rückbesinnung auf die eigene Kraft ein Stück zu uns selbst als unabhängige Leserzeitung zurück. Dieses kollektive Selbermachen gehört nicht nur zu unserem Selbstverständnis, sondern bildet zugleich die wichtigste Grundlage, daß es die »Barnimer Bürgerpost« nun schon mehr als 20 Jahre gibt.

Die Zahl unserer Abonnenten blieb im Jahr 2016 stabil. Verluste durch Wegzug, Sterbefälle und Kündigungen konnten durch Neu-Abos wettgemacht werden. Einzelspenden und neue oder erweiterte Förderabos kompensierten die steigenden Kosten. Somit kann die wirtschaftliche Lage des Vereins und unserer Zeitung weiterhin als überaus solide bezeichnet werden. Auf eine Preiserhöhung können wir daher auch im kommenden Jahr verzichten.

Soll dies auch künftig gelingen, brauchen wir vor allem eins: Mehr zahlende Abonentinnen und Abonnenten. Dies ist ein Appell, der sich nicht nur an die vielen Mitleserinnen und Mitleser richtet, die sich den Schritt zum Abo aus welchen Gründen auch immer nicht trauen, sondern vor allem an unsere Abonentinnen und Abonnenten. Sprecht mit euren Verwandten, Freunden und Bekannten. Niemand kann überzeugender für unser Blättchen sprechen.

Das neue Jahr 2017 hat begonnen. Wir wünschen Ihnen für's neue Jahr alles Gute.

Dr. MANFRED PFAFF,  
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.  
GERD MARKMANN,  
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

## Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressegesez (BbgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

### 1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

### 2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

### 3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht.

Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

### 4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

### 5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

# LL-Ehrung 2017



Das Jahr 2017 startete mit einem kleinen Geschenk – mit 3601 Sekunden in der ersten Stunde, also einer Sekunde extra. Um Mitternacht der Weltzeit wurde eine Schaltsekunde eingefügt. Der Grund: Die Atomuhren »ticken« gleichmäßiger als sich die Erde dreht. Mit der Zusatzsekunde werden Erdrotation und offizielle Zeit angeglichen.

(gefunden von KARL DIETZ)

### Kretschmann/Behm: Mulch total, 5. Auflage

Die langerwartete Neuauflage des Klassikers von Kurt Kretschmann und Rudolf Behm in überarbeiteter und deutlich erweiterter Fassung wird voraussichtlich im März 2017 in die Buchhandlungen kommen.

## Seminarhaus ÖkoLeA: Naturnahe Gartengestaltung und Permakultur

Was macht einen naturnahen Garten aus? Wie plane ich die Gestaltung eines solchen Gartens? Unter anderem lernen Sie auch die spezielle Form der Permakultur kennen und erleben einen Bauerngarten nach diesen Prinzipien auf dem ÖkoLeA-Gelände.

Bitte anmelden unter: Tel. 030/902932590 oder [www.berlin.de/vhs-marzahn-hellersdorf](http://www.berlin.de/vhs-marzahn-hellersdorf)  
**21. Januar, 10 - 18 Uhr**, Teilnahmebeitrag: 28,70 €, erm. 15,90 €

Seminarhaus ÖkoLeA, Hohensteiner Weg 3, 15377 Klosterdorf, [www.seminarhaus.oekolea.de](http://www.seminarhaus.oekolea.de)

# Wir sind alle über vierzig

Fotografien und Fotokollagen –  
Rathausausstellung im Januar 2017

Erstmals lege ich in dieser achten Fotoausstellung vorrangig den Wert auf die Darstellung von Menschen, die doch das Leben in unserer Stadt Eberswalde ausmachen. Vor allem jene habe ich aufs Korn genommen, die mit Sicherheit bereits vierzig Jahre ihres Lebens für Eberswalde gearbeitet haben und lange schon sich verbunden fühlen mit ihrer Heimatstadt.

Im Jahre 2012 waren weniger als 40.000 Einwohner hier ansässig, aber diese Zahl haben wir wieder überschritten. Auf Grund von Bausanierung und von Neubauten, dem Anlegen von grünen Oasen und deren Pflege, guten Einkaufsmöglichkeiten und guten Verkehrsverbindungen ist das Leben hier attraktiver geworden.

Dargestellt sind Bürger unserer Stadt: Der Eisesser Henry Voigt; Herr Walter, Taxifahrer; Herr Peter, Markthändler; Arthur Knapp, der Naturmensch, hatte einen Fischwagen; Mitglieder des Chorvereines; der Zoonhändler Herr Hartwig; der Zahnarzt Dr. Müller; Carsten Zinn; die Internistin und Hausärztin Renate Seiring; Frau Berg von Märkisch Edel; Frau Mietzner von der Kita Zwergeland; Vera Bunzel, Stadträtin für Kultur a.D.; Fam. Nguyen vom »Goldenen Wok«; Frau Dr. Voigt im Selbstportrait – Kollage

Dr. WALTRAUD VOIGT

**Vernissage am 23.1.2017 14 Uhr im Rathaus Eberswalde.** Es spricht Herr Dr. STEFAN NEUBACHER, Leiter des Kulturamtes.

LL-Demo: So, 15.01. | 10 Uhr | U-Bahnhof Frankfurter Tor (Friedrichshain)  
Gedenkrundgang auf dem Friedhof der Sozialisten: So, 15.01. | ab 10 Uhr | Friedrichsfelde XXII. Rosa-Luxemburg-Konferenz »Gegen rechts ist nicht genug. Sozialistische Alternativen erkämpfen: Sa, 14.01. | ab 10.00 Uhr | Mercure Hotel MOA, Stephanstr. 41, 10559 Berlin.

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

IBAN  BIC  Bank

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

**Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde**  
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

### Neujahrsempfang Eberswalde

Sonnabend, 14. Januar, 15 - 18 Uhr.  
**Stadthalle im Familiengarten**  
16 Uhr: Offizielle Eröffnung durch Bürgermeister, anschließend Grußworte von Landrat Bodo Ihrke und Ordnungsamtsleiter Uwe Birk

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**e-mail:** [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)

**internet:** [www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)

**redaktion:** Gerd Markmann

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 30. Dezember 2016

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 25. Januar 2017.